

Antifaz

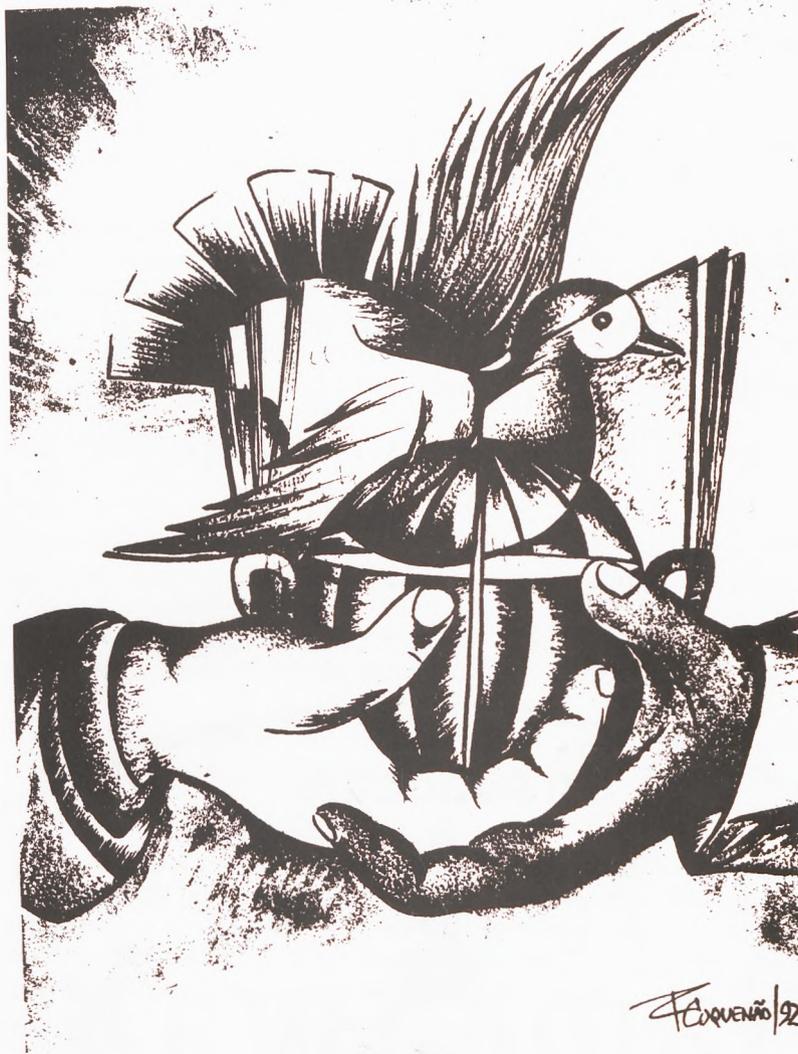
Antifaschistische Zeitung

Nr. 40

März/ April 1993

7. Jahrgang

Preis DM 2,50



8. März
Internationaler Frauenkampftag

In diesem Heft

3 *Einleitung*

Dokumentation

- 4** Erklärung zur Änderung des Asylrechts.
37 Hizbullah, Teil II

Berichte

- 8** Demonstration gegen das Kriegs- und Alltagsverbrechen Vergewaltigung
19 Erfolgreiches Rockfestival gegen Rassismus
30 "Nach Sirnak"
43 Barbara Anna Kistler ist tot

Serie

- 10** Krieg auf dem Balkan, Teil III
32 Multikultur und/oder Internationalismus, Teil II

Debatte

- 23** Faschismus in Kurdistan - Faschismus in der Türkei ?

Buchbesprechung

- 15** Sterben in Kroatien

18 *Leserbrief*

32 *Impressum*

Ankündigung

- 44** Tag X

Anzeige

Straßencafé

Samowa**R**
Café

Tel. 0231/ 104916 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4600 Dortmund

EINLEITUNG

Die Zeit der Lichterketten ist vorbei, die faschistischen Gewalttaten werden fortgesetzt - auch das ist inzwischen mehr oder weniger Alltag in dieser Republik.

Ende April wird in dritter Lesung das Grundrecht auf Asyl abgeschafft werden - der sogenannte Parteienkompromiß reichte den Herrschenden noch nicht einmal, sie fügten noch einen Generalangriff auf die materielle Versorgung der - wenigen überhaupt noch in die BRD gelangenden - Flüchtlinge hinzu. "Deutschland - erstes Land in der Festung Europa, das flüchtlingsfrei ist", so hoffen die herrschenden PolitikerInnen ihren Auftraggebern in den europäischen Monopolaufsichtsräten berichten zu können - aber so wird es nicht kommen.

Die Menschen werden nach Europa kommen - ob mit oder ohne Asylrecht, ob aus den Ländern der drei ausgebeuteten Kontinente oder aus dem Osten Europas, das ist eine Entwicklung, die nicht aufzuhalten ist.

Ebensowenig, wie die Folgen der ökonomischen Krisen des Kapitalismus - Arbeitsplatzvernichtung, Wohnungsnot und weitere Verelendung - wegzudiskutieren sein werden; wer aber wird der neue "Buhmann" sein, wenn keine Flüchtlinge mehr nach Europa hereinkommen - wird man diese dann mit Hilfe "unserer" wiedererstarkten Bundeswehr in ihren Heimatländern bekämpfen müssen?

So ganz ohne Widerstand wird die Abschaffung der Grundrechte in der BRD nicht vonstatten gehen - am "Tag X" wird es, vor allem in Bonn, zahlreiche Proteste und Störungen des "herrschenden Betriebs" geben.

Wir drucken zu diesem "Schwerpunktthema" eine Erklärung Essener Rechtsanwälte und den NRW-Aufruf zum "Tag X" ab.

Weiter in dieser Ausgabe:

Der Teil III der Reihe "Krieg auf dem Balkan", der Teil II der Berichterstattung über die "Hizbullah" und auch der zweite Teil des Artikels "Multikultur und/oder Internationalismus" von Thea A. Struchtemeier.

Auch von Thea ein Artikel im Rahmen der Rubrik "Debatte" zum Faschismusbegriff in der Türkei.

Klaus Dillmann berichtet über das Buch "Sterben in Kroatien" von Slavenka Drakulic, das ihn besonders bewegt hat.

Zum Schwerpunkt Kurdistan gehört ein Bericht von TAS über das kurdische Dorf Sax (Caglayan).

Falls in letzter Minute - wie meistens - noch weitere Artikel eintreffen und abgedruckt sind, werdet Ihr das allein feststellen.

Auf eins sei aber abschließend mit großer Freude hingewiesen:

Mit der vorliegenden Ausgabe hat die AntifaZ eine neue Technik. Dazu hat zu einem beträchtlichen Teil eine Spende beigetragen, die von den VeranstalterInnen des Konzerts "Rock gegen Rassismus" an uns übergeben wurde. Dies war nur möglich, weil auf diesem Konzert alle acht teilnehmenden Bands auf ihre Gage verzichteten - ihnen allen an dieser Stelle unsern herzlichsten Dank, das wird uns für die künftige Arbeit Ansporn und Verpflichtung sein.

Für heute allen LeserInnen und neuen AbonentInnen herzliche Grüße und kämpferische Solidarität zu den Aktionen zum "Tag X"

Eure

AntifaZ-Redaktion

ERKLÄRUNG ZUR ÄNDERUNG DES ASYLRECHTS VON RECHTSANWÄLTEN AUS NRW

"Asylanten raus!"

So würde die ehrliche Überschrift des geplanten Asylrechtsartikels 16 a GG und der begleitenden Gesetzänderungen lauten.

Nun ist es endlich vollbracht: Nach jahrelanger öffentlicher Diskussion über angeblich zu Unrecht in unser Land strömende Flüchtlinge, angereichert mit Zahlenspielen und häßlichen Wortschöpfungen, liegt das perfekte Meisterwerk der Grundrechtsänderung vor.

Einige Politikerinnen und Politiker - viel zu wenige - sträuben sich noch, melden Bedenken an. Die große Mehrheit aber hat das Thema abgehakt. Keine grundsätzlichen Einwände mehr bitte, die Sache muß durchgezogen werden! Gefeylt wird nur noch am Detail.

Blanker Hohn ist der Hinweis einiger Verantwortlicher, das Grundrecht auf Asyl bleibe erhalten. Tatsächlich wird der entsprechende Satz in Artikel 16 a Absatz 1 durch die perfiden Bestimmungen in den Absätzen 2 bis 5 derart durchgreifend eingeschränkt, daß er die Bedeutung eines Feigenblatts erhält.

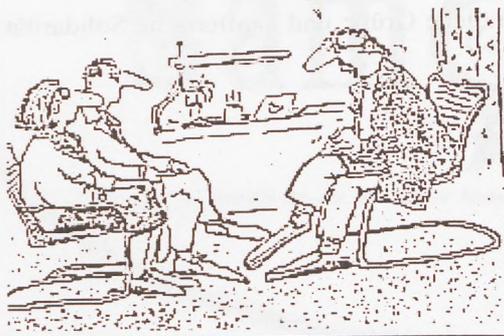
Mit den Begriffen "sicherer Drittstaat" (Artikel 16a Absatz 2) und "verfolgungsfreier Herkunftsstaat" (Artikel 16 a Absatz 3) gelingt die Abschottung, verliert das Grundrecht seinen Inhalt. Das Asylverfahren degradiert zum Reisewegermittlungsverfahren.

Was wäre passiert mit der albanischen Familie aus dem Kosovo/Ex-Jugoslawien, die in ihrer Heimat für ein freies Kosovo eintrat und vor kurzem

in Deutschland (noch) Schutz fand? Der Ehemann wurde von serbischen Ordnungshütern für seine politische Überzeugung einige Male inhaftiert und brutal mißhandelt. Als die zweite Inhaftierung drohte, gelang der Familie die Flucht über Österreich nach Deutschland. Die allgemeine politische Situation im serbisch besetzten Kosovo ist durch tägliche willkürliche Gewaltakte der serbischen Polizei gegenüber der albanischen Bevölkerung gekennzeichnet.

Für diese Menschen sind wir nicht mehr zuständig. Das "sichere Drittland", Österreich, welches kein gesichertes rechtsförmiges Asylverfahren kennt, hat nun den "schwarzen Peter", denn von dort reisen die Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien in der Regel in das Bundesgebiet ein. Ohne jede Frage nach ihrem Schicksal werden von dem

Sie sollten Ihrem Mann gerade
jetzt beistehen, wo er Sie braucht!
Denn ist nicht sein Schlagen
der irreführende, ungeschickte Beweis
seiner Sehnsucht nach Nähe, der verzweifelte
Versuch eines Liebesbeweises



Dokumentation

Gewalt gegen Frauen in links-
politischen Kollektiven.

Zusendung nach Überweisung
von 17,- DM (inkl. Porto) auf das
Konto: frauenUNrechtsfonds,
Spk. Bochum (BLZ. 430 500 01),
Nr. 33 307 604
(Postanschrift angeben!)

Grenzbeamten gemäß Artikel 16 a Absatz 2 unter Hinweis auf die Durchreise durch Österreich sofortige "aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden".

Ebenso wird es der ganz überwiegenden Mehrzahl der erfahrungsgemäß in unserem Land Schutz suchenden Flüchtlinge ergehen. Ob in der Türkei gefoltert oder in Rumänien mißhandelt - danach fragt hier niemand mehr, denn ein "sicheres Drittland", durch welches die Flüchtlinge aus diesen Ländern bei ihrer Flucht hindurchreisen, gibt es fast immer. Und seien dies auch die Nachfolgestaaten der CSFR oder Polen, welche

keinerlei Erfahrung mit der Aufnahme von Flüchtlingen, geschweige denn der Gewährung eines Asylgrundrechts haben. Aber denen helfen wir ja bei der Bewältigung der Flüchtlingsprobleme - verspricht eine Regierung, die hier seit Jahren die verwaltungsmäßige Bewältigung sabotiert -, es sei denn, sie möchten nicht darüber verhandeln, wie jüngst aus der tschechischen Republik verlautete.

Weisen wir die Mehrheit der Flüchtlinge schon mit diesem Trick Nr. 1 des "sicheren Drittlandes" ab, so muß die verbleibende Minderheit aufpassen, daß sie a) möglichst per Direktflug, also nicht über ein sicheres Drittland einreist und b) ihr Land nicht gerade auf der Liste der Staaten vermerkt ist, in denen nach Meinung unseres Gesetzgebers keine politische Verfolgung stattfindet.

Letzteres ist Trick Nr. 2.

Als "verfolgungsfrei" bringt das Bundesinnenministerium z.B. Länder wie Indien, Pakistan, Liberia, Togo, Zaire, Nigeria, Ghana, Bulgarien, Rumänien und die Türkei ins Spiel. Die

Menschenrechtsorganisation amnesty international weist aus all diesen Ländern von schweren Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Folter und staatlichen Morden zu berichten.

Wie unverschämt leichtfertig Verfolgerstaaten in die Liste der sogenannten "verfolgungsfreien Herkunftsländer" aufgenommen werden, zeigt das aktuelle Beispiel Togo: Hierhin ist erst vor wenigen Tagen der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Schäfer, zusammen mit dem französischen Entwicklungshilfeminister gereist, um dem Militärpotentaten deutlich zu machen, daß er wie bisher mit der Opposition in seinem Land nicht umspringen kann; noch während der Mission der beiden Minister schoß die Polizei in eine demonstrierende Menge und tötete mindestens 20 Menschen. Ist das die Art "verfolgungsfreier Herkunftsstaat", den die Politik in diesem Land sich vorstellt?

Wer solche "Verfolgungsfreiheitsatteste" ausstellt, sagt viel über sein Verständnis von Menschenrechten!

Die vor kurzem vom Verwaltungsgericht Köln als asylberechtigter anerkannte zairische Familie mußte unweigerlich zurück, ohne reale Chance, ihre Probleme im Heimatland schildern zu können. Nach der Flucht des Vaters zunächst aus der Haft und später nach Deutschland, mußte auch die Mutter mit den Kindern wegen der drohenden Repressalien von seiten der Sicherheitskräfte des Diktators Mobutu flüchten. Jahrelang hielt sie sich mit ihren Kindern im Wald verborgen. Von Zeit zu Zeit wagte sie es, einen Freund in der Stadt zu besuchen, der schließlich bei der Organisation der Flucht half.

Zukünftig wird eine solche Familie aus angeblich "sicherem Herkunftsland" nach ihrer Ankunft auf dem Flughafen

zunächst erfahren, daß sie nicht einreisen dürfe, weil es in ihrem Land keine politische Verfolgung gebe, es sei denn, sie könne Tatsachen und Beweise angeben, die in ihrem speziellen Fall diese grundsätzliche Vermutung widerlegen (§ 18 a des neuen Asylverfahrensgesetzes). Kann sie nicht? Keine Beweise für die politische Verfolgung im Heimatland? Dann erfolgt die Entscheidung der "Einreiseverweigerung", sprich die sofortige Zurückweisung, die nach Ablauf von 24 Stunden vollzogen wird. Der Bedienstete des Bundesamtes (Bundeswehresoldat a.D., gerade frisch in die Materie eingeführt) wird der guten Ordnung halber allerdings darüber belehren, daß die Flüchtlinge innerhalb von 24 Stunden hiergegen einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung auf Gewährung der Einreise beim zuständigen Verwaltungsgericht stellen können.

Ob die junge Frau mit den Kindern, die nicht lesen und schreiben kann und nur ihre Muttersprache Lingala spricht, das wohl verstehen wird? Wohl kaum. Selbst wenn sie es aber verstehen sollte, wird es ihr nicht gelingen, innerhalb von 24 Stunden einen Dolmetscher und die nötige anwaltliche Hilfe zu finden, geschweige denn, daß innerhalb derselben Zeit auch noch der Antrag gestellt werden könnte.

Es bleibt bei dem "Vollzug der Einreiseverweigerung".

Auch die übrigen Regelungen statuieren, wie sie vorgesehen sind, ein Rechtsschutzverfahren, "das kein Normalbürger für seinen Hund akzeptieren würde" (Martin Hirsch). Durch sie wird für die beteiligten Beamten, Richter und Anwälte sowie die Betroffenen selbst ein Klima der Hetze geschaffen, in welchem ruhiges Nachdenken und die Zeit, einen Antrag

vollständig aufzunehmen oder gar zu formulieren, völlig fehlen. Hier von "Rechtsschutz" zu sprechen, ist so zynisch, wie die Verwendung dieses Begriffs im Zusammenhang mit dem Volksgerichtshof wäre.

Fazit:

Eine verschwindend geringe Anzahl von Flüchtlingen, die Minderheit der Minderheit, wird zukünftig überhaupt die Chance erhalten, über ihr Schicksal im Heimatland und die hieraus resultierenden Fluchtgründe zu berichten. Die große Mehrheit wird nach den bedrückenden fluchtauslösenden Ereignissen in den Heimatländern nicht einmal mehr danach gefragt, sondern innerhalb kürzester Zeit zurückgewiesen. Wesentliche Entscheidungen werden der

Kontrolle der Justiz entzogen und von politischen bzw. Verwaltungsinstanzen nach deren Gutdünken getroffen..

Die Gesetzesänderungen sind eine Katastrophe für unseren Anspruch, ein zivilisiertes Land zu sein.

Sie stellen alles auf den Kopf, was diese Republik an menschlichen Errungenschaften in ihre Verfassung aufgenommen hatte, angefangen von der Unantastbarkeit der Menschenwürde gemäß Artikel 1 GG.

In einer Zeit, in der die menschenfeindlichen Ausschreitungen auf unseren Straßen positive Zeichen gegenüber Flüchtlingen erfordern, die Verständnis für ihre Lage wecken, wird durch die faktische Aushöhlung des Asylgrundrechtes suggeriert,

daß die Mehrheit dieser Menschen kein Recht hat, in unserm Land zu leben. Das ist genau das Gegenteil dessen, was nötig wäre.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wären angesichts der Gesetzesänderungen entsetzt, wollten sie doch bei ihrer kompromißlosen Formulierung des Asylgrundrechtes genau das verhindern, was nun eintritt: Das dieses seiner Rechtsnatur nach ganz und gar bedingungsfeindliche Grundrecht durch Einschränkungen wirkungslos wird, Flüchtlinge wie zur Nazizeit von Land zu Land geschoben werden.

Obwohl die Bundesrepublik eines der reichsten Länder der Erde ist, nehmen sich unsere Flüchtlingszahlen im internationalen Vergleich eher bescheiden aus:

Laut Fischer Weltalmanach '93 hatte die Bundesrepublik Deutschland 1990 ein Bruttosozialprodukt je Einwohner von 22730,- US Dollar jährlich. In dem afrikanischen Land Malawi lag in demselben Jahr das Bruttosozialprodukt je Einwohner bei 200 US-Dollar jährlich. Während nach den Angaben des Bundesinnenministeriums in der Bundesrepublik Deutschland 1991 1,2 Millionen Flüchtlinge

Aus der Türkei ★★★★★★ Aus Türkei-Kurdistan ★★★★★★ Aus der BRD

Tatsachen

Zeitschrift der Förderung der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Förderung der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- Internationale Solidarität

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto

Abonnentenbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto

20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:

DIDF

Jägerstr. 77

4100 Duisburg 11



CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST

Mo-Fr 10-22 Uhr
So 10-19 Uhr
Braunschweiger Str. 22/Nordmarkt
46 Dortmund 1 Tel 83 01 47

lebten (darunter ca. 520.000 sogenannte de- facto-Flüchtlinge, also Personen mit Bleiberecht ohne Asylrechtsstatus), waren es in Malawi 950.000 Flüchtlinge. In dem kleinen Staat, in dem auf einem Territorium von der Größe der ehemaligen DDR ca. 9,4 Millionen Menschen leben, ist jeder Zehnte ein Flüchtling. In Ländern wie Pakistan und Iran leben 3,6 Millionen bzw. 3,1 Millionen Flüchtlinge.

Das geplante Asylrecht ist ein Spiegelbild der wachsenden Unmenschlichkeit in unserer Gesellschaft. Es ist Teil des Niedergangs des allgemeinen politischen und menschlichen Klimas in diesem Land, der nicht nur die Flüchtlinge, sondern vor allem uns selbst trifft. Dem gilt es, endlich Einhalt zu gebieten.

"Die Fraktionen stimmen überein, daß der Mißbrauch des Asylrechts verhindert und der Schutz tatsächlich politisch Verfolgter gewährleistet werden müssen" - so heißt es im Vorwort der Vereinbarung von CDU/CSU, SPD und FDP zur Änderung des Art. 16 Grundgesetz. Angesichts der beschlossenen Regelung ist das der blanke Hohn. Sie zielt darauf ab, daß gerade politisch Verfolgte keine Chance mehr auf Asyl in der BRD haben:

+ Durch Gesetz können nunmehr "Staaten bestimmt werden, bei denen ... gewährleistet erscheint", daß dort "politische Verfolgung nicht stattfindet. Ein Ausländer aus einem solchen Staat gilt nicht als politisch verfolgt" (falls er nicht das Gegenteil beweist).

+ Kein Asyl erhält künftig, wer aus einem "sicheren Drittstaat" in die BRD einreist. Als sicher gilt jedes Land, in dem die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt ist.

Beschlossen wurde bereits, daß die EG-Länder, Polen, die CSFR, Österreich und die Schweiz - also sämtliche Nachbarländer der BRD - "sichere Drittstaaten" sind. Wer über eines dieser Länder einreist, kann künftig ohne Gerichtsverfahren nach dorthin abgeschoben werden.

+ "Offensichtlich unbegründet" ist ein Asylantrag u.a. dann, wenn der Bewerber seine "Mitwirkungspflicht verletzt" - z.B. wenn er seinen Paß oder seinen Ausweis nicht vorlegt.

Die Konsequenzen dieser Regelung zeigen sich am Beispiel von politisch verfolgten Regimegegnern aus der Türkei. Ihre Asylanerkennungsquote liegt mit 10 % am höchsten. Nach übereinstimmenden Berichten von Menschenrechtsorganisationen sind in der Türkei Folter und andere Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Ihre Einstufung als "Nichtverfolgerstaat" dürfte daher zwar gegenwärtig nicht politisch durchsetzbar sein. Jedes neue Lippenbekenntnis der türkischen Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte kann künftig aber zum Anlaß genommen werden, das strategisch und wirtschaftlich wichtige NATO-Land in den Kreis der "Nichtverfolgerstaaten" aufzunehmen.

- Um auf dem Landweg in die BRD zu gelangen, muß der Asylbewerber aus der Türkei zwangsläufig durch eines der BRD-Nachbarländer - alles "sichere Drittstaaten". Damit erhält er automatisch kein Asyl in der BRD und wird - sobald entsprechende Rücknahmeabkommen geschlossen sind - in das Land abgeschoben, aus dem er eingereist ist.

- Die Einreise auf dem Luftweg ist ohne gültigen Reisepaß und Visum nicht möglich. Der Besitz eines echten Passes gilt im Asylverfahren jedoch

regelmäßig als Beweis, daß man nicht politisch verfolgt ist. Wer in der Türkei gesucht wird, kann wohl kaum mit seinem eigenen Paß das Land verlassen, ohne verhaftet zu werden.

Daher ist ein verfälschter türkischer Paß für politisch Verfolgte praktisch die einzige Möglichkeit, auf dem Luftweg die Türkei zu verlassen. Er wird im Behördenjargon "Gastarbeiterpaß" genannt, lautet auf den Namen einer anderen Person und enthält bereits eine Aufenthaltserlaubnis für die BRD. Legt der Asylbewerber ihn beim Asylantrag vor, liefert er seinen Fluchthelfer den deutschen Behörden und dem türkischen Geheimdienst ans Messer. Legt er ihn nicht vor, verletzt er seine "Mitwirkungspflicht" und riskiert damit die Ablehnung als "offensichtlich unbegründet".

Fazit:

Bei konsequenter Anwendung dieser Regelung hat ein politisch Verfolgter aus der Türkei keine Chance mehr, in der BRD Asyl zu erhalten.

Vor allem durch die "Drittstaaten-Regelung" wird das Grundrecht auf Asyl praktisch abgeschafft und das Flüchtlingsproblem rigoros auf die Nachbarländer, insbesondere auf die CSFR, Polen und Österreich abgewälzt.

Eine derartige Regelung gibt es bisher in keinem europäischen Vertragsstaat der Genfer Flüchtlingskonvention.

All das beweist, daß sich der "Asylkompromiß" in erster Linie gegen politisch Verfolgte richtet. Dazu zählen besonders die Regimegegner und kurdischen Befreiungskämpfer aus der Türkei, deren relativ hohe Anerkennungsquote dem Staat offenbar schon seit langem ein Dorn im Auge ist.

Demonstration gegen das Kriegs- und Alltagsverbrechen Vergewaltigung 3000 Lesben und Frauen protestieren in Bonn

Der Lesben- und Frauenprotestmarsch in Bonn am 13. Februar, zu dem die "Initiative Heidelberger Frauen gegen Vergewaltigungslager" sowie die "Frauen in Schwarz" aufgerufen hatten, geriet - trotz Trillerpfeifengeräuschkulisse und einigen Slogans - leider eher zu einem gemeinsamen Samstagsnachmittagsausflug statt zu einem wütenden Auftritt. Die Ursachen daran lagen jedoch nicht allein an dem Verhalten der Demonstrationsteilnehmerinnen. Immerhin hatte es an diesem kalten Februarvormittag nahezu 3000 Frauen/Lesben nach Bonn auf die Beine gebracht, um dort ihre Abscheu zu bekunden gegen die frauenverachtenden Vergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien. Beachtlich war die hohe Anzahl älterer Frauen; eine von ihnen zeigte ihren Protest, indem sie still ein Buch mit dem Titel "Schweigen heißt zustimmen" in die Höhe hielt.

ALTE FRAUEN MACHEN MOBIL, WENIG SOLIDARITÄT

Eine andere - schon etwas gebeugte - pfiff heftig in ihre Trillerpfeife. Wiederum eine andere ältere Dame versuchte einen Autofahrer festzuhalten, der in die Menge der Protestierenden achtlos hineinfuhr. Dabei benutzte er, um vorwärtszukommen, sein Auto als Waffe und fuhr einer begleitenden Journalistin, die sich ihm gleichfalls in den Weg stellte,

ans Knie. Leider war die zusätzliche und schnell organisierte Hilfestellung untereinander -

auch dem Mut der älteren Dame gegenüber äußerst schwach; sie mußte ihr Vorhaben abbrechen. Es langte nur noch dazu, den Autofahrer für sein brutales Vorgehen - und dafür, daß er alle "ins Gas" schicken wollte - zu bespucken - dann ging der Zug ungestört weiter.

Gemessen an dem Anteil der Frauen über fünfzig, war - angesichts der bundesweiten Mobilisierung - die Beteiligung der jüngeren Generationen sowie die von ausländischen Frauen eher schwach.

STEREOTYP DES VERGEWALTIGENDEN "CETNIKS"

Das mag vor allem an der Allianz der bundesbürgerlichen Fraueninitiativen gelegen haben, die ihren Protest allein auf die Verurteilung der Kriegsvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien gelegt hatte und als deren "Hauptträger" und Alleinschuldigen insbesondere "die Serben" ausmachte. Auf diese Art und Weise ist selbstverständlich keine internationale Beteiligung von Frauen/Lesben gegen Vergewaltigung auf die Beine zu bringen, die sich noch dazu auf dem allein parlamentaristischen Wege eine Verurteilung von Vergewaltigung als Kriegsverbrechen erhofft. Trotz vieler schon geschriebener Paragraphen und Artikeln wissen WIR

letztlich aus Erfahrung besser, daß es bislang keine Vergewaltiger davon abhielt, seinen

Schwanz als Waffe gegen Frauen, Lesben und Mädchen einzusetzen sowohl im Krieg als auch im sogen. "Privatleben" (auf der Straße).

VERGEWALTIGUNG WELTWEIT KEIN THEMA

Die Vergewaltigungen an serbischen Frauen und Mädchen durch UN-Soldaten oder Kroaten bleiben nahezu unerwähnt, und ein weiterer Schwachpunkt der Demonstrantinnen war, daß sie in keinster Weise zu den Übergriffen auf Frauen und Mädchen weltweit, d.h. in Kurdistan, Somalia, Palästina und anderswo, auf der Straße oder zu Hause, Stellung bezogen. Innerhalb des Demonstrationszuges jedoch sah diese Thematisierung schon etwas anders aus, sie wurde nicht vernachlässigt, aber die Ausgrenzung der weltweiten Seite dieser Kriegs- und Alltagsverbrechen seitens der Initiatorinnen mag viele Migrantinnen davon abgehalten haben, sich persönlich an dem Protestmarsch zu beteiligen.

Zusätzlich grenzten die Initiatorinnen im "Aufruf zur großen Frauendemonstration" Lesben aus, die immerhin einen starken Kern der deutschen "Frauen"be-

AUSGRENZUNG VON MIGRANTINNEN UND LESBEN

wegung bilden. Letztlich beschränkte sich der öffentliche Protest allein auf die Verurteilung von Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen "im Balkankrieg", und die Forderungen dahingehend konzentrierten sich

allein auf rechtliche Regelungen (Visumpflichtaufhebung für betroffene Frauen und Mädchen, Einsatz einer UN-Sonderkommission, umfangreiche Hilfsmaßnahmen, Anerkennung von Vergewaltigung als

Geschehens dermaßen glaubhaft, daß frau kaum noch hinzuhören wagte. Einige FrauenLesben weinten. Aber neben der bundesdeutschen Vertreterinnendominanz fehlte die internationale Basis aller Frauen auf dem Podi-

Frauenwiderstandes fanden offiziell keine Erwähnung - letzteres auch erst recht nicht entgegen zahlreicher Stimmen aus dem Zug "Frauen hört ihr Frauen schreien, laßt die andere nicht allein" bzw. "haut dem Typ die Fresse ein". Ein wenig Stimmung wie Widerstand kam jedoch auf, als die Grußworte von Herta Däubler-Gmelin (SPD) verlesen wurden. Sie mußten unter Protest abgebrochen werden, jedoch mit dem entlarvenden Hinweis, daß ein



Basis wird bevormundet

Teil der Veranstaltungsgelder aus SPD-Kassen ge-

Kriegsverbrechen vor einem Sondertribunal ähnlich dem Nürnberger).

Eine hauptsächlich Schwäche stellte ebenfalls der 1 1/2 stündige Demonstrationsweg dar, der kennzeichnend für die Marginalisierung von FrauenLesben durch stille Gassen fern ab von öffentlichen Plätzen und durch Straßenunterführungen gelegt war. Allein etwas mehr als nur wenige hundert Meter führten durch belebte Straßen zum Marienplatz in der Innenstadt zur Abschlußkundgebung.

Aber auch dort wurde es vertan, Raum für internationale Bezüge sowie berechnete scharfe Kritik zu lassen. Stattdessen vertiefte sich die Stimmung zu noch mehr Schwere, deren Abgehobenheit den deutschen Sprecherinnen kaum abzunehmen war. Allein die Worte einer Exilkroatin machten die Tragik des

um, die der Kriegsverantwortung durch west-imperialistische Staaten hätte Nachdruck verleihen können- in diesem Zusammenhang ist eine weitere Kritik an den Demonstrationsinitiatorinnen, daß sie die Verbrechen im eigenen Land ausklammerten und diese Staaten sich damit in jeglicher Hinsicht "blütenweißsauber" präsentieren konnten.

Der Westen trägt keine Schuld

Sowohl bundesdeutsche Waffenlieferungen an kriegsführende Staaten, der Einsatz von deutschen Truppen in Kriegsgebieten, die Vergewaltigungen durch UN-Soldaten, die Verbrechen der deutschen Männer "Zuhause" (im eigenen Land und im eigenen Haus) als auch die Notwendigkeit der Stärkung eines breiten solidarischen

flossen war.

Von einem Großteil der Basis demonstrierender FrauenLesben kann behauptet werden, daß sie mit der Demonstrations"führung" keineswegs zufrieden war, trotz der Möglichkeit, daß viele FrauenLesben in schwarzer Kleidung einträchtig nebeneinander protestierten - ob im schwarzen Nerz oder Tuch. Die skandierten Parolen machten aber glücklicherweise deutlich, wer auch das Sagen hat und vielleicht einmal (in noch weiter Zukunft) das letzte Wort haben wird.

TAS

Krieg auf dem Balkan, Teil III

In der Nacht zum 28. Februar errichtet die USA die angekündigte Luftbrücke, um den hungrigen Menschen in den von serbischen Truppen eingeschlossenen Städten Ostbosniens zu helfen. Die Medien sprechen in den Tagen darauf von einem mäßigen Erfolg, da nur 1/3 der abgeworfenen Lebensmittel und Medikamente ihr Ziel erreicht haben sollen, der Rest aber den ohnehin gut versorgten serbischen Truppen anheim gefallen sein soll.

Trotzdem spricht die Army von einem sehr guten Erfolg und setzt ihre Aktion weiter fort, die sie einen symbolischen Akt nennt.

Die Frage der Effektivität dieser Hilfe stellt sich aber nicht nur in Anbetracht der Menge, die ihr Ziel erreicht hat. Am 2. März, also zwei Tage nach den ersten Abwürfen, stürmen serbische Truppen die Stadt Cerska, die unter anderen Ziel der Abwürfe war. Ein Massaker folgt, in dem mindestens 500 Zivilisten den Tod auf grausamste Weise fanden und Tausende auf die Flucht geschickt wurden.

Wenn Lebensmittel und Medikamente diese Stadt erreichten, konnten diese Menschen wenigstens satt sterben - Welch Zynismus.

Serbenfreundliche Politik bei den Friedensverhandlungen der EG und der UNO unter Vance und Owen. Fast alle serbischen Eroberungen würde nach diesem Friedensplan in der Hand der Serben verbleiben. Kroatien schneidet auch nicht schlecht ab, da es auf Kosten der Moslems auch seinen Teil von Kuchen bekommt.

Das Waffenembargo hat bis jetzt nur dem Aggressor

Serbien (zusammen mit Montenegro) genützt, dem es eigentlich schaden sollte. Stattdessen werden Bosnien und Kroatien von Waffenlieferungen abgeschnitten. Die spärlichen Waffen, die sich in ihrem Besitz befinden, haben sie entweder selbst vom Feind erbeuten müssen oder sind auf Wegen gegen den tätigen Willen der Westmächte in ihren Besitz gelangt. Eine Politik, die den Eindruck erweckt, daß starke Wahrnehmungsstörungen die westlichen Politiker daran hindert, die Realität wahrzunehmen.

Eine Politik, die künftigen Aggressoren Mut macht - ja sogar auf indirekte Hilfe der Westmächte hoffen läßt!

Jetzt, nachdem einige der ostbosnischen Städte gefallen sind und weitere Tausende Menschen auf der Flucht sind, die sogar noch von "kriegsspielenden" Serben beschossen werden - ist die UNO bereit, ein militärisches Eingreifen gegen den Aggressor Serbien zu starten.

Bleibt nur zu hoffen, daß dies nicht ein zweites Vietnam der UNO wird.

Der dritte Teil unserer Jugoslawienserie beschreibt die Geschichte der Sozialistischen Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bis zum Tod Titos. Ein Staat, in dem Slowenen, Kroaten und Serben zusammengewungen wurden. Und nicht nur dies: Katholiken, Orthodoxe und Moslem leben unter einem Dach. Ein Staatsgebilde, das zwangsläufig nach dem Tod der starken Führungspersönlichkeit Tito auseinander brechen mußte.

Wie sagte ein muslimischer Flüchtling aus Bosnien:

"Marschall Tito war das Beste für uns alle!"

Die Verfassung von 1946

Die Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien wurde am 31. Januar 1946 verkündet. Josip Broz Tito wird Ministerpräsident in dieser ersten Regierung.

Schon während des Krieges wurden die Grundlagen dieser Verfassung von dem Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung erarbeitet. Bestätigt wurde die Verfassung bereits in den Jahren 1942 und 1943 durch einen Wahlgang, indem sich die "Volksfront Jugoslawien" gegen die oppositionellen Vorkriegsparteien durchsetzen kann.

Diese "Volksfront" war aber zum größten Teil durch die straff organisierte Wirtschafts- und Sozialpolitik der Kommunistischen Partei gekennzeichnet. Die Dominanz der KP schlug sich dann auch in der Verfassung nieder, die sich stark an der sowjetischen Verfassung aus dem Jahre 1936 orientierte.

Bei der Gründung der Volksrepublik wurden sechs Republiken und zwei autonome Provinzen ins Leben gerufen.

Zu den Republiken zählen: Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien.

Die zwei national gemischten Gebiete, die autonome Provinz Vojvodina (mit madjarischer Minderheit) und Kosovo Metohija (mit albanischer Minderheit) wurden der Republik Serbien unterstellt.

Die föderalen Grundzüge der Verfassung wurden zum einen in der Volkskammer (Bundesrat, der von allen

Staatsbürgern gewählt wird) und zum anderen in den Landeskammern (Nationalitätenräte, die von den einzelnen Gliedrepubliken und autonomen Provinzen gewählt werden), umgesetzt.

In den sog. Volksausschüssen, die sowohl auf regionaler als auch auf Bundesebene als Träger der Volksmacht galten, herrschte Gewaltenteilung.

Durch diese Betonung der föderalistischen Strukturen wurde erstmals in der jugoslawischen Geschichte der historischen und kulturellen Gegensätze Rechnung getragen.

Der Bruch mit Moskau

Die Föderative Volksrepublik Jugoslawien war von Anfang an den Machtansprüchen der Sowjetunion ausgesetzt. In den ersten zwei Jahren durchläuft die FVJ eine starke innere Sowjetisierung, die vor allem durch die politische Polizei unter Rankovic und den Geheimdienst getragen wurde. Es kommt zur Hinrichtung zahlreicher politischer Gegner, zu Verstaatlichungen von Handel, Banken und Industrie sowie der Sozialversicherungen, und zu Zwangskollektivierungen.

Moskau hat aber seine Imperialistische Rechnung ohne Tito gemacht. Ein Mann, der den Faschismus in seinem Land aufs härteste bekämpft und überwunden hat.

Bereits 1948 kommt es zum offenen Bruch zwischen dem auf Eigenständigkeit bedachten Jugoslawien und der Sowjetunion. Dies führt zwangsweise zum Ausschluß Jugoslawiens aus dem "Kommunistischen Informationsbüro". In der Folgezeit entwickelt Jugoslawien als erstes sozialistisches Land eine Gesellschaftsordnung, die nicht-sowjetischen Typs ist. Diese Gesellschaftsordnung ist unter

dem Namen "Titoismus" bekannt geworden.

Der Titoismus, ist die Bezeichnung der von den Jugoslawischen Kommunisten unter Tito vertretenen Thesen zum Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Der Titoismus basiert knapp gesagt auf drei Thesen. 1. Jedes Volk hat ein Recht auf seinen eigenen Weg zum Sozialismus. 2. Es besteht eine Gleichberechtigung aller sozialistischen, vor allen aber aller kommunistischen Parteien untereinander. Und 3. Der Staat und die Partei sollen zugunsten gesellschaftlicher Selbstverwaltung der Produzierenden zurücktreten.

Der Ausschluß Jugoslawiens aus dem "Kommunistischen Informationsbüro" führt im weiteren Verlauf zu einer Wirtschaftsblockade durch den Ostblock. Jugoslawien gelingt es deswegen auch nicht, eine angestrebte Balkanföderation zusammen mit Albanien und Bulgarien zu gründen.

Auf sich allein gestellt muß Jugoslawien, um zu überleben, nun Handelsabkommen mit westlichen Ländern eingehen, die zur Folge haben, daß Moskau 1949 mit der Verfolgung des "revisionistischen Titoismus" beginnt.

In dem Jahr, in dem Jugoslawien aus dem Kommunistischen Informationsbüro ausgeschlossen wird, sollte auch der erste fünf Jahresplan beginnen, der nach Sowjetischem Vorbild den gesellschaftliche Umbau und vor allem die Industrialisierung vorantreiben sollte. Es stellte sich früh die Frage, ob diese dirigistische Politik auch ihr Ziel erreichen konnte. Die veränderte politische Situation führte zu einer Überprüfung dieser Methode. Ideen der Selbstverwaltung der Betriebskollektive und der dadurch angenommenen Freisetzung von Energie führten

1950 zur Einführung der Selbstverwaltung in den Betrieben ("Gesetz über die Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe durch die Arbeitskollektive), dem 1952 das Gesetz über die Volksausschüsse mit Bestimmung über die Produzentenräte folgte. Diese Gesetze leiten den eigenständigen sozialistischen Weg Jugoslawiens ein.

Im gleichen Jahr erhält Jugoslawien auch Finanz- und Militärhilfe aus den USA, die aus eigenem Interesse daran interessiert sind, daß Jugoslawien nicht in den Ostblock eingegliedert wird.

Im Jahr darauf (1953) wird das Selbstverwaltungsprinzip durch eine Verfassungsänderung festgelegt. Damit hat sich der "Titoismus" als eigenständige Variante des Sozialismus etabliert. Im gleichen Jahr wird Tito zum Staatspräsidenten gewählt (ab 1963 hat er dieses Amt auf Lebenszeit inne).

Nach innen stützt sich die jugoslawische Gesellschaft auf das Prinzip der Selbstverwaltung, nach außen auf das Prinzip der Blockfreiheit.

Charakteristisch dafür, wie im ehemaligen Jugoslawien mit der politischen Opposition umgegangen wurde, ist die im Jahre 1954 stattfindende Amtsenthebung des Tito-Mitkämpfers Milovan Djilas (geb. 1911). Er hatte in seinen Schriften (u.a. "Anatomie und Moral", "Gespräche mit Stalin") die Parteilührung und den Personenkult um Tito kritisiert. Djilas wurde drei Jahre nach seiner Amtsenthebung verurteilt.

Im Jahre 1954 kommt es auch zu Spannungen mit Bulgarien und Albanien. Die Spannungen finden ihren Ursprung in den Ansprüchen Bulgariens und Albaniens auf die jugoslawische Republik Mazedonien und die autonome Grenzprovinz Kosovo-Metohija.

1955 besuchen Chruschtschow und Bulganin Jugoslawien. Die Verbesserung der politischen Beziehungen zur Sowjetunion, die sich beide erhoffen, bestehen allen Anscheins darin, daß sie versuchen den, "verlorenen Sohn" Jugoslawien wieder "auf den rechten Weg" zu bringen, da erneute Spannungen auftreten, als 1956 Tito mit Nasser und Nehru auf Brioni zusammen trifft, um über eine Blockfreien - Bewegung zu beraten. Tito vertritt eine Politik der friedlichen Koexistenz und des Neutralismus als "dritte Kraft". Zusammen mit Nasser und Nehru trat Tito als Sprecher der blockfreien Staaten auf. Noch im Jahre 1956 findet in Belgrad ein Kongreß blockfreier Staaten statt.

Auf dem Parteikongreß des "Bunds der Kommunisten Jugoslawiens" (BKJ) in Ljubljana (1958) wird jegliche Einmischung von außen abgelehnt.

Im gleichen Jahr beginnt Jugoslawien aber auch seine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit westlichen Organisationen wie der OEEC¹, der EWG² und der EFTA³. Die allmählich sich einstellende Akzeptanz des eigenen Wegs Jugoslawiens zum Sozialismus durch die Ostblockstaaten schlägt sich 1964 in der Zusammenarbeit mit diesen im COMECON⁴ nieder.

Am 1.9.1961 findet die erste Konferenz der blockfreien Staaten in Belgrad statt. Der Einsatz

Titos, Nassers und Nehrus macht sich bezahlt, da Jugoslawien mit Ägypten und Indien zu Wortführern der blockfreien Bewegung bestimmt werden.

Für eine weitere Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR spricht, daß 1962 Jugoslawien Moskau im Konflikt mit Peking unterstützt. Im gleichen Jahr erhält Jugoslawien aber auch weitere Wirtschaftshilfe durch die USA in Form von Krediten.

Die 1953 eingeführte Arbeiterselbstverwaltung hat in den Jahren bis 1963 einen raschen Ausbau erlebt. Die alten dirigistischen Strukturen der Verfassung konnten auch nicht durch die Verfassungsänderung von 1953 vollends beseitigt werden. Ein neue Verfassung mußte her, die die bestehenden gesellschaftlichen Realitäten berücksichtigte.

Die sozialistische Verfassung von 1963

Am 7. April 1963 wurde eine neue Verfassung proklamiert.

Durch diese neue Verfassung erfuhr das System eine grundlegende durchdachte Vereinheitlichung der Selbstverwaltung. Seitdem nennt sich das Land *Sozialistische* Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ).

Die grundlegende föderative Gliederung der alten Verfassung wurde aber beibehalten. Ebenso der mit der Verfassungsänderung von 1953 neu eingeführte

Posten des Präsidenten der Republik.

Eine Reihe von neuen Einrichtungen wurden geschaffen.

So entstanden z.B. Räte der Arbeitsgemeinschaften, das Bundesverfassungsgericht sowie die Rotation und die Beschränkung der Wiederwahl.

Vor allem aber führte die neue Verfassung zu einer Liberalisierung der Wirtschaft und Verwaltung.

Wesentliche Forderungen der Republiken wurden aber nicht berücksichtigt. So blieben die Forderungen nach größerer Selbständigkeit in der Steuer- und Finanzpolitik, bei der Gesetzgebung im Wirtschafts-, Sozial- und Bildungsbereich, Mitbestimmung der Republiken bei der Gesetzgebung des Bundes unerfüllt.

Die in der neuen Verfassung proklamierte wirtschaftliche Liberalisierung hatte zur Folge, daß 1967 ausländisches Kapital zur Stärkung der Wirtschaft zugelassen wurde.

Die in der Verfassung nicht berücksichtigten Forderungen der Republiken nach mehr Selbständigkeit folgte 1968 die Auseinandersetzung zwischen dem zentralistischen Belgrad und dem auf mehr Autonomie pochenden Kroatien. Dies hatte zur Folge, daß bereits 1971 durch eine Verfassungsänderung den Republiken und autonomen Provinzen Autonomie-rechte zugestanden wurden.

¹ OEEC (Organization for European Economic Cooperation): Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die OEEC wurde 1948 zum Zweck einer koordinierten Verteilung der von den USA für den wirtschaftlichen Aufbau Europas zur Verfügung gestellten sog. Marshallplanhilfe gegründet. Seit dem Beitritt der USA, Kanadas, Japans, Australiens und Neuseelands ist sie keine rein europäische Organisation mehr. Abgesehen von den kommunistischen Staaten, stellt sie heute den Verband der wichtigsten Industrieländer der Welt dar.

² EWG: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

³ EFTA (European Free Trade Association): Europäische Freihandelsassoziation

⁴ COMECON (Council of Mutual Economic Assistance): Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Der COMECON wurde 1949 gegründet und hat seinen Sitz in Moskau. Ziele des COMECON waren vor allem die Förderung der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Ostblockstaaten und die Abstimmung der einzelnen nationalen Wirtschaftspläne aufeinander. Die Organe des COMECON waren nicht mit denen der EG zu vergleichen, da sie nur Empfehlungen aussprechen konnten, die von den einzelnen Instanzen bestätigt werden mußten.

Die zweite Hälfte des Jahres 1971 ist für Jugoslawien sowohl von außenpolitischen Erfolgen als auch durch innere Unruhe gekennzeichnet.

Während des Breschnew-Besuches erkennt dieser die Unabhängigkeit Jugoslawiens an.

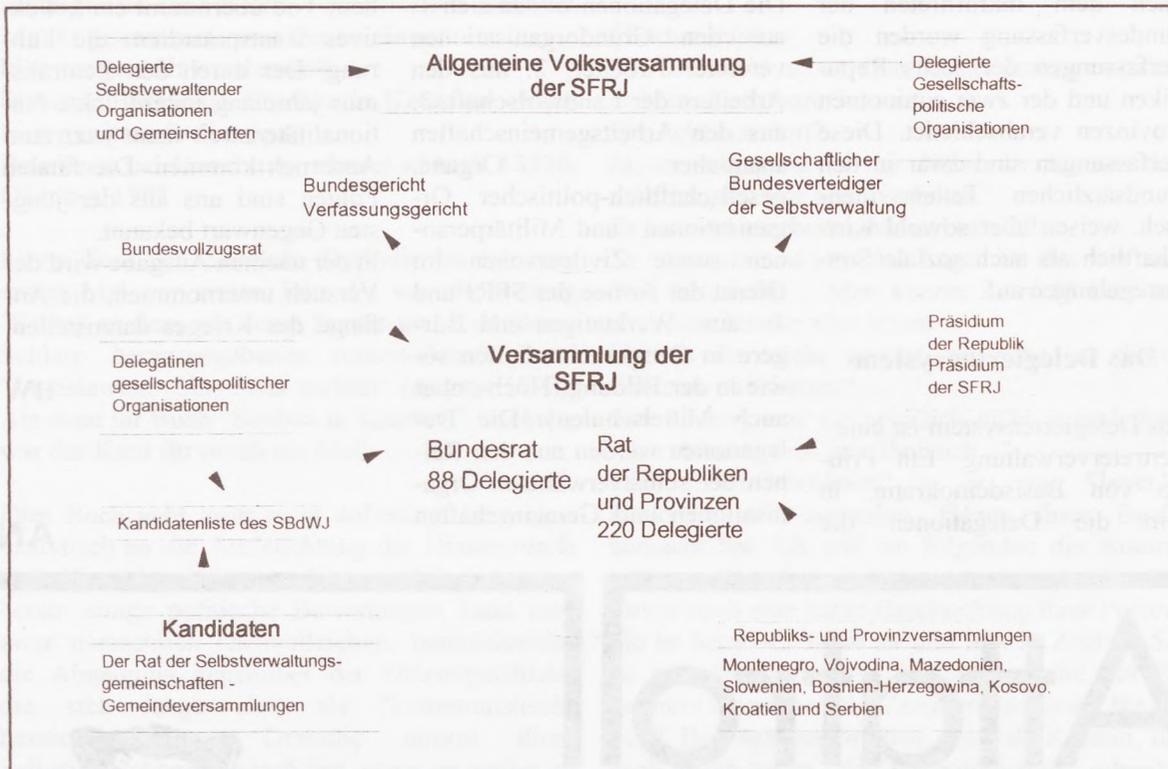
festigen, besucht Tito im Januar des Jahres 1974 die BRD.

Die sozialistische Verfassung von 1974

Die bis zu den 70er Jahren statt-

Es kam sogar teilweise zur Ausbildung monopolistischer Tendenzen.

In den 70er Jahren kam es auch durch die Ausbildung technokratischer Tendenzen in Kroatien zur sog. Kroatien-Krise. Die technokratischen Tendenzen



Die wachsende Unzufriedenheit über die ungleiche Gewinn- und Divisenverteilung auf die einzelnen Republiken führt im November dieses Jahres zu starken Unruhen in Kroatien und Bosnien. Daraufhin wird die Parteispitze von kroatischen "Nationalisten" und serbischen "Liberalen" gesäubert. Nicht Diskussion, sondern Dirigismus bestimmen den Umgang mit unliebsamer Opposition.

Die Verschärfung des Streits zwischen der zentralistischen Belgrader Regierung und der Kroatischen Partei- und Regierungsführung führt zu personellen Veränderungen, Verhaftungen, Parteiausschlüssen sowie zu zahlreichen Prozessen.

Um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der BRD zu

findenden staatlichen Eingriffe hatten das Ziel, das heterogene Land zu einen. Die Eingriffe hatten aber auch die Aufgabe, Konfliktflächen. (z.B. Gruppenkonflikte) zu beseitigen.

Die Republiken und autonomen Provinzen sollten als wichtigste tragende Kräfte der Gesellschaft und Wirtschaft gestärkt werden. Die den Republiken zugestanden Autonomierechte führten dazu, daß die Republiken Forderungen an den Bund stellten, um daraus wirtschaftliche Vorteile zu ziehen.

Ähnlich sah es in der Selbstverwaltung der Betriebe aus, die unter dem Vorwand der zu steigenden Produktivität ihrerseits Forderungen stellten.

wurden durch den Bund der Kommunisten Jugoslawiens als gefährlich erkannt. Die Gruppe um Tito setzte sich politisch durch, es kam zur Absetzung einiger Funktionäre.

In der darauffolgenden Diskussion wurden die Grundzüge der Politik klar definiert. So sollte die Idee des Selbstverwaltungskommunismus mit der Praxis übereinstimmen.

Das gesamte Gesetzeswerk sollte vereinheitlicht werden.

Aus diesen Überlegungen wurde die neue Verfassung erarbeitet, die fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßte und organisierte.

Die Verfassung trat am 21. Februar 1974 in Kraft. Alle wichtigen Bestimmungen aus den Verfassungsänderungen wurden

beibehalten, zugleich aber wurden bemerkenswerte Innovationen eingeführt: 1. das konsequente Delegiertensystem und 2. die Bestimmung, daß die Arbeiter Verfügungsgewalt über alle von ihnen erzielten Einkommen haben.

Nach dem Inkrafttreten der Bundesverfassung wurden die Verfassungen der sechs Republiken und der zwei autonomen Provinzen verabschiedet. Diese Verfassungen sind zwar in den grundsätzlichen Teilen identisch, weisen aber sowohl wirtschaftlich als auch soziale Sonderregelungen auf.

Das Delegiertensystem

Das Delegiertensystem ist eine Vertreterverwaltung. Ein Prinzip von Basisdemokratie, in dem die Delegationen die

Grundlage bilden. Im Gegensatz zum Wahlprinzip wird durch die Einbeziehung der Bürger und der Werktätigen und ihrer selbstverwaltenden Organisationen ein politische Machtausübung viel unmittelbarer möglich gemacht.

Die Delegationen bilden sich 1. aus den Grundorganisationen vereinter Arbeiter, 2. aus den Arbeitern der Landwirtschaft, 3. aus den Arbeitsgemeinschaften staatlicher Organe, gesellschaftlich-politischer Organisationen und Militärpersonen sowie Zivilpersonen im Dienst der Armee der SFRJ und 4. aus Werktätigen und Bürgern in Ortsgemeinschaften sowie in der Bildung (Hoch-, aber auch Mittelschulen). Die Delegationen werden aus den Reihen der selbstverwalteten Organisationen und Gemeinschaften

gewählt. Ausgeschlossen von diesem passiven Wahlrecht werden nur Personen, die auch nicht zu Mitgliedern des Arbeiterrates werden dürfen (z.B. Direktoren).

Josip Broz Tito starb am 4.5.1980 in Ljubljana. Nach seinem Tod übernimmt ein kollektives Staatspräsidium die Führung. Der durch den Zentralismus jahrelang unterdrückte Nationalitätenstreit kann jetzt zum Ausbruch kommen. Die fatalen Folgen sind uns aus der jüngsten Gegenwart bekannt.

In der nächsten Ausgabe wird der Versuch unternommen, die Anfänge des Krieges darzustellen.

HW

ANZEIGE

Attatroll

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

partner der
büchergilde gutenbergs



- Herner Str./Ecke Paulusstr. •
- 4350 Recklinghausen •
- Tel. 02361-17002 •

STERBEN IN KROATIEN

Zum Thema Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawien und Krieg auf dem Balkan sind mittlerweile eine Reihe von Büchern auf den Markt gekommen, von denen eines hier vorgestellt werden soll:

Slavenka Drakulic, Sterben in Kroatien - Vom Krieg mitten in Europa, Reinbeck bei Hamburg, rororo aktuell 13220, Oktober 1992

Einen Text von Slavenka Drakulic las ich zum ersten Mal vor einem Jahr. Es war ihr Beitrag "Krieg" zu dem von Josip Furkes und Karl-Heinz Schlarp herausgegebenen rororo-aktuell Band "Jugoslawien: Ein Staat zerfällt" (August 1992). Als dann ihr Buch "Sterben in Kroatien" erschien, war der Kauf für mich ein Muß.

Dies Buch geht zwar nicht unbedingt besonders analytisch an die Ausleuchtung der Hintergründe und Konflikte, die zu diesem Krieg führten, heran, einige politische Bewertungen kann man zwar menschlich nachvollziehen, beispielsweise die Abneigung gegenüber der Führungsschicht, die sich lange Zeit als "kommunistisch" bezeichnet hatte, Drakulic nimmt diese Selbstbezeichnung jedoch hin, ohne sie weiter zu hinterfragen, und so wird das politische Bild, das sie entwirft, leider schief. Der Kommunismus ist in den Ländern, die sich selbst als "sozialistisch" bezeichneten, bereits sehr viel früher entmachtet worden, während die äußerlichen Fassaden noch ein paar Jahrzehnte aufrechterhalten worden sind. Die Nomenklatura einschließlich ihrer westlich orientierten "Reformpolitiker" dort hatten längst jedes Recht, sich als Kommunisten zu bezeichnen, verloren.

Die Stärke des Buchs von Slavenka Drakulic liegt dagegen in seiner eindringlichen Erlebnissphäre und in der aufgeworfenen

Grundfrage, wie es dazu kommt, daß "Krieg geschieht" und sich die Menschen immer mehr an dies "Geschehen" anpassen - oder weiter gefragt, ob Krieg eine in jedem Menschen innewohnende Möglichkeit ist. Das Motto (entlehnt aus: Claude Lanzmann, Shoah) macht das Anliegen der Autorin deutlich: Es geht um ein Gespräch mit einem Bauern aus Treblinka über das Leben in

der Nähe des Vernichtungslagers während des Zweiten Weltkriegs:

(Textauszug)

"Er hat direkt neben dem Stacheldraht gearbeitet, er hörte furchtbare Schreie.

Ein Feld war dort?

Ja, er war ganz in der Nähe. Er konnte dort arbeiten, das war nicht verboten.

Er hat dort gearbeitet, hat es bestellt?

Ja, sogar da, wo jetzt das Lager ist, das war zum Teil sein Feld ... Man konnte es nicht betreten, aber man konnte alles hören.

Hat es ihn nicht gestört, so nahe an diesen Schreien zu arbeiten?

Am Anfang war das wirklich nicht auszuhalten. Aber danach, man gewöhnt sich..."

Dies "Sich-Gewöhnen" ist es, was Slavenka Drakulic zum zentralen Thema ihres Buchs gemacht hat. Ich will im folgenden die Autorin selbst zu Wort kommen lassen.

Zuvor noch eine kurze Beschreibung ihrer Person: Sie ist heute 43 Jahre alt und lebt in Zagreb. Sie ist Schriftstellerin und Journalistin und hat für mehrere amerikanische Zeitschriften sowie für die ZEIT Beiträge geschrieben. Und als Kroatin, die auch etwas gegen "den Kommunismus" schreibt, hat sie zunächst die Sympathien der deutschen Medien auf ihrer Seite.

Vor gut einem Jahr hat sie einen Roman geschrieben, der den an Ernst Blochs "Das Prinzip Hoffnung" erinnernden Titel trägt "Das Prinzip Sehnsucht" (rororo-Reihe Neue Frau).

Außerdem stammt von ihr das ebenfalls bei Rowohlt erschienene Buch mit dem Titel: "Wie wir den Kommunismus überstanden - und dennoch lachten".

In "Sterben in Kroatien" schreibt sie (Textauszüge):

"Was ist Krieg?

Ich weiß, die Frage klingt dumm, aber kennen wir wirklich die Antwort? Ich komme aus Jugoslawien, jenem Land, das vor einem Jahr in einem Krieg auseinandergebrochen ist, aus dem neuen Staat Kroatien, der sich nach wie vor im Krieg befindet (und wo schätzungsweise 10.000 Menschen, größtenteils Zivilisten, ihr Leben gelassen haben), und ich könnte ebenfalls sagen, daß wir alle glauben, die Antwort zu kennen. Ich habe lange gebraucht, von den klassischen

Definitonen abzugehen, von ideologischen und von politischen Begriffen ebenso wie von Bildern zerbombter Städte und dem Eindruck des Todes, um einen Blick auf das zu erhaschen, was Krieg heißt. Dazu muß man über die Ebene plausibler Erklärungen hinausgehen und sich einer Art Vivisektion unterziehen.

Am Anfang stand das Wort. Es hatte noch nichts Greifbares. Journalisten und Politiker benutzten es zunächst nur gelegentlich, dann immer häufiger. Doch die Menschen sprachen es nicht aus, weil niemand glaubte, daß es tatsächlich passieren würde. In der langen Phase der Vorbereitung und des Leugnens begann das Wort ganz allmählich, Substanz anzunehmen, bis es dick und fett und real wurde wie ein gefährliches

Tier, das nach mehr verlangt. Schwer zu begreifen war die Tatsache, das die Bestie Krieg sich von Blut ernährt, einzig und allein von Blut. Immer noch in weiter Ferne, besaß sie etwas Mythisches. Jeder wußte von ihrer Existenz, doch es gab nicht viele, die sie schon einmal gesehen hatten, und die Geschichten, die erzählt wurden, klangen so schrecklich, so jenseits jener Verhältnismäßigkeit, daß es schwer war, ihnen zu glauben. Alle lasen die Zeitungsberichte, hörten die Nachrichten und sahen die Fernsehbilder, doch die Entfernung ließ all das mythisch bleiben, denn die meisten von uns erlebten es nicht am eigenen Leib. der Krieg trifft gewöhnlich Menschen in anderen Teilen der Welt, in einem anderen Land, einem anderen Teil des eigenen Landes, in einer anderen Stadt, ja sogar einer anderen Straße - ihn nicht wahrhaben wollen, heißt hoffen. Unterdessen kam der Krieg näher, an Stelle des Leugnens trat das Akzeptieren und Anpassen. Jetzt wurde der Krieg Wirklichkeit, doch man nahm ihn als Kalamität, als Katastrophe, als etwas, das sich nicht verhindern ließ, als Tatsache, die stärker war als das Leben. Wir lernten Selbstschutz und Überlebenstechniken; nach den Ursachen und Folgen zu fragen verlor mehr und mehr an Bedeutung, als wir mehrmals täglich in einen Luftschutzraum laufen oder den ganzen Tag dort zubringen mußten, ohne das Licht der Sonne zu sehen. In den Gebieten, die serbischen Angriffen unmittelbar ausgesetzt waren, verdichtete sich alles auf: Ihr tötet uns, wir töteten euch. Und der Rest begriff, daß das einzig Wichtige war, mit kleinstmöglichem Schaden davonzukommen.

Ich dachte, letzten Endes erreicht dich der Krieg durch die Angst, echte Angst, jenes tiefe Entsetzen, das dich durch und durch erfaßt, wenn es keinen Unterschied mehr gibt zwischen Leib und Seele und nichts dir helfen kann, während dein Sein in wildem Herzklopfen explodiert und der kalte Schweiß dir in zähen Tropfen Stirn und Rücken hinunterläuft.

Oder der Krieg kommt mit dem Verlust eines Freundes oder eines Verwandten, mit diesem brennenden Schmerz, als schneide jemand ein Stück aus deinem Fleisch - jedenfalls dachte ich, es müsse etwas sein, das von außen kommt, von außerhalb meiner selbst, meiner Intentionen und Entscheidungen.

Doch der Krieg ist weitaus grausamer, reicht sehr viel tiefer. Das wußte ich nicht, bis meine Freundin Drazena im April 1992 der Hölle von Sarajewo entkam. Drazena hatte ihre Wohnung verloren, ihre Arbeit und ihre gesamte Habe und wurde mit ihrer sechsjährigen Tochter zum

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kudistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Puplication

- berichtet
- * aus Kurdistan
 - * über die Solidaritätsbewegung
 - * von den Kurdenkongressen
 - * Dokumente
 - * u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26 mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt,
andere Weiterverkäufer bekommen das
Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
5000 Köln 1

Überweisungen an:
BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

**Hiermit abonniere ich..... Exemplare
des Kurdistan-Rundbrief**

.....
.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7
5000 Köln 1

Flüchtling. Doch sie war es, die mir jene Frage stellte, die mir heute so wichtig erscheint: Was ist Krieg? Wie merkwürdig, dachte ich, sie hat unmittelbar unter ihm zu leiden und stellt diese Frage. Sieht sie denn die Antwort nicht in allem, was in ihrer Umgebung vorgeht und was ihr passiert? Dann fiel mir auf, daß Drazena 30 Jahre alt ist und ebenso wie ich und alle, die nach 1945 geboren sind, nur mit Vorstellungen, Bildern, Beschreibungen, Klischees und Mythen vom Krieg aufgewachsen ist. Jener große Mythos des kalten Krieges, daß der dritte Weltkrieg wegen der beiden atomaren Supermächte ein Atomkrieg sein müsse - so bedrohlich der Gedanke auch war, tief im Inneren hielt niemand eine solche Selbstzerstörung für möglich. Die andere, vielleicht ebenso wichtige Meinung war, daß Europa im Zweiten Weltkrieg seine Lektion gelernt habe: nie wieder Krieg auf dem Boden, der die schlimmsten Greuelthaten in der Geschichte der Menschheit erlebt hat. In Afrika vielleicht, in Asien oder in Südamerika. Aber in Europa? Unmöglich. In Europa waren doch die Wunden kaum verheilt. Natürlich hat auch niemand an die Möglichkeit eines Krieges in Osteuropa gedacht, weil keiner es für möglich hielt, daß der Kommunismus zu Ende gehen könnte." (...)

(In dem Kapitel "Es ist schwer, einen Menschen zu töten" beschreibt die Autorin ihren ersten unmittelbaren Kontakt mit dem Krieg)

"Während wir mit dem Schlepper die trübe und dunkle Save überqueren (sie sagen, daß sie genau hier Leichen schwimmen sahen), schweigt Josip nachdenklich. Er sagt mir, daß er 33 Jahre alt und in Wirklichkeit Ingenieur, Bauingenieur, ist. Sein Gesicht wirkt eigentlich ganz jung, abgesehen von von zwei senkrechten Falten, die um die Mundwinkel eingeschnitten sind. Ich frage ihn weiter nichts, es gibt keine Frage. (...) Dann, ganz unerwartet, höre ich Josips Stimme, die "Nein, nein" sagt, als stritte er mit sich selbst über Dinge, die ich sowieso nicht verstehe. "Nein", wiederholt er jetzt, zu mir hinsehend. Nach dem langen Schweigen klingen seine Worte ganz merkwürdig. Ich richte meine Blicke auf den Morast, aus dem wir eigentlich noch nicht herausgekommen sind, unsicher, an wen sie eigentlich gerichtet sind. "Nicht das fiel mir am schwersten; am schwersten ist es, einen Menschen zu töten", sagt er. Und während er diese Worte ausspricht, hält es das Auto an, dreht sich in seinem Sitz um und schaut mir in die Augen. Ich sehe ihn gelähmt an, ich weiß nicht, ob ich gerade das erwartet habe. Ich hatte erwartet, daß er etwas über die Angst um seine zwei Mädchen sagt oder

daß er nichts mehr sagt. Nicht einen Augenblick, seit wir uns die Hand gegeben haben, ist mir eingefallen, daß dieser Mensch, der schon im sechsten Monat Krieg führt, auch das getan haben muß: getötet haben muß. Ich betrachte ihn. Unsere Schultern berühren sich fast im engen Raum im Auto. Ich betrachte seine Hände am Lenkrad und spüre, wie Schweißperlen auf meine Strin treten. Er spricht es aus. Dieser Satz enthält die wahrhaftige Definition des Krieges. In ihm ist alles Grauen zusammengefaßt: Kriegführen bedeutet Töten. Der Satz hängt in der Luft zwischen uns wie ein lebendiges Wesen. Auf einmal kommt es mir vor, als wäre es im Auto so still, daß auch Josip das laute Schlagen meines Herzens hört. (...)

'Es war im Sommer', erzählt er, 'einige von uns umzingelten diesen Mann, einen Tschetnik, in einem Haus am Ende des Dorfes. Wir lagen im hohen Gras ungefähr 20 m von diesem Haus entfernt und warteten, daß er herauskommt. Es vergingen Stunden, eine drückende Hitze, aber wir wagten nicht einmal uns zu rühren. Wir wußten, daß ihm jeden Moment die Munition ausgehen wird, daß er vielleicht auch versuchen wird zu fliehen. Einige Male war ich auf der Jagd gewesen, am Anfang war es mir so, wie wenn die einem Tier auflauerst, es gibt keinen Unterschied. Eigentlich - dachte ich, daß es keinen Unterschied gibt. Ich erinnere mich, daß mir in einem Moment der Schweiß ausbrach und die Stirn herunterrann

Anzeige

KUCHE AUS 1001 NACHT GEMESSEN

KOKILLE



Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntags
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

und mich so unverhofft an den Fremden von Camus erinnerte. An die Szene am Strand, unmittelbar bevor er auf den Araber schießt.'

Ich weiß, dachte ich, ich kenne diese Szene. Fast konnte ich sehen, wie er dort im Hinterhalt liegt. Er muß seine salzigen Lippen geleckert haben, und ein Grashalm muß ihn am Nacken gekitzelt haben, aber er durfte sich nicht rühren. Dann muß in dem umzingelten Haus etwas vorgegangen sein, so daß sich seine Muskeln spannten, und in diesem Moment...

'Aber ich habe nicht geschossen', fuhr Josip fort, 'niemand hat geschossen. Das war unser erster Hinterhalt, und wir wollten sichergehen, daß wir ihn nicht verfehlten. Ich hatte die beste Stellung, und als sich der Mittag näherte, fühlte ich, wie dieser drinnen immer nervöser wird, daß er immer häufiger herauschaut, am Fenster vorbeihuscht. Einen Moment hatte ich ihn im Visier, sah deutlich sein langes, mageres, von dunklem, etwas längerem Haar umrahmtes Gesicht. Und seinen Blick, den Blick eines Menschen, der weiß, was passieren wird. Ich erinnere mich, wie trocken mein Mund war, als ich den Abzug drückte und dachte: nur nicht verfehlen, nur nicht verfehlen. Aber ich habe nicht geschossen. Es ist schwer, einen Menschen zu töten...'

Da hätte der Krieg - dachte ich - noch verhindert werden können. Beim zweitenmal, beim zweitenmal schoß Josip, und danach gab es für niemanden mehr ein Zurück. Dann sagte Josip:

'Der Krieg hat aus mir einen Mörder gemacht, weil es anders nicht möglich war.'

Den zweiten Teil des Satzes spricht er so leise aus, daß ich ihn kaum höre. (...)

Ich habe bisher erst wenige Bücher gelesen, die auf mich ähnlich stark gewirkt haben.

KLEINE AUSWAHL VON TITELN ZUM KRIEG AUF DEM BALKAN:

Vladimir Dedijer, Jasenovac - das jugoslawische Auschwitz und der Vatikan, Reihe: Unerwünschte Bücher zum Faschismus Nr. 1, Freiburg 1991

Europa im Krieg. Die Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, Frankfurt am Main, Suhrkamp 1992

Karola Frings/Cordula Lissner/Frank Sparing, "...einziges Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst." Die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941-1945, zu beziehen bei: Rom e.V., Köln, Bobstr. 6-8, Tel.: 0221/242536

Susanne Gelhard, Ab heute ist Krieg. Der blutige Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, Frankfurt am Main, Fischer taschenbuch, 1992

Christine von Kohl/Wolfgang Libal, Kosovo: gordischer Knoten des Balkan, Wien/Zürich, Europaverlag 1992

Wolfgang Libal, Das Ende Jugoslawiens. Chronik einer Selbstzerstörung, Wien/Zürich, Europaverlag 1991

Andreas Meurer/Hardy Vollmer/Hunno Hochberger, Die Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg. Hintergründe, Methoden, Ziele, zu beziehen bei: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Köln, Tel.: 0221/211658

Erich Rathfelder (Hrsg.), Krieg auf dem Balkan. Die europäische Verantwortung, Reinbeck bei Hamburg, rororo aktuell, Oktober 1992

LESERBRIEF

Kritik an der Gestaltung:

1. Das Titelbild ist politisch nicht aussagekräftig genug. Unter der Reichskriegsflagge sind nur Kinder zu sehen. Das verharmlost den Faschismus. Man muß gerade auf der Titelseite besonders sorgfältig mit Bildern umgehen.
2. Auch im Innenteil müssen einige Bilder deutlicheren Bezug zum Inhalt haben. Statt der Erinnerung an den Weihnachtsmann und das Christkind auf dem verschneiten Weg nach Sarajewo beispielsweise wäre es besser gewesen, wenn ein Bild an die von "Christen" vergewaltigten Frauen erinnert hätte, zumal der nächste Artikel mit "Rache an Frauen" überschrieben ist und eine solche Thematik dort angesprochen wird.
3. Auch das Aussehen der Rückseite muß "stimmen". Ihr seid doch eine Zeitschrift mit politischem Anspruch. Da sollten wichtige Hinweise auf der Außenseite stehen, die man sofort sieht, wenn man ein Exemplar in der Hand hält, nicht aber Werbung!

Euer Mustafa

ERFOLGREICHES ROCKFESTIVAL GEGEN RASSISMUS

"ROCK GEGEN RASSISMUS - FÜR VÖLKERFREUNDSCHAFT" war das Motto einer erfolgreichen Kulturveranstaltung, die der **ANTIFASCHISTISCHE BUND (AFB)** am 29. Januar, am Vorabend des Jahrestags der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten organisierte.

Der Bund, der seine Arbeit mittlerweile auf mehrere Städte im nördlichen Ruhrgebiet ausgeweitet hat, konnte für die Veranstaltung im **JUGENDZENTRUM HERTEN - NORD** acht Bands gewinnen, die ohne Gage auftraten.

Der Reinerlös wurde an die AntifaZ und an die Antifaschistische Aktion (für die Mobilisierung zum Tag X) gespendet.

Vor allem dank der Unterstützung von AntifaschistInnen aus Marl, Herne und Recklinghausen gelang es, dies Festival im ganzen nördlichen Ruhrgebiet bekanntzumachen - auch die örtliche Presse berichtete so ausführlich wie schon lange nicht mehr.

So wurde das Konzert ein großer Erfolg - fast fünfhundert BesucherInnen kamen und verfolgten von 18-24 Uhr die Auftritte der Bands.

Die Stilrichtungen der auftretenden Bands waren ziemlich unterschiedlich, aber alle wurden mit gleicher Aufmerksamkeit "begutachtet", wenn auch die Begeisterung unterschiedlich ausfiel. Aber selbst die hauseigene Band des "Nord", die Newcomer-Band "Senseless", wurde freundlich aufgenommen, obwohl dies einer ihrer allerersten öffentlichen Auftritte war.

"Headliner" war an diesem Abend - zumindest aus meiner Sicht - eindeutig die Recklinghäuser Gruppe "Out on Bail", die als letzte auftrat. Leider war zu diesem Zeitpunkt schon ein großer Teil des zumeist sehr jungen Publikums nach Haus gegangen - den "Bails" wäre sicher mehr Begeisterung entgegengebracht worden.

So wurden vor allem die Gruppen "Endziel Selbstzerstörung" aus Marl und "CaruSel" aus Recklinghausen frenetisch gefeiert - sie spielten allerdings auch zu besten Zeit, zwischen zehn und elf Uhr.

Da wir RedakteurInnen der AntifaZ nicht so ganz fachkundig sind, was die Beschreibung der Stilrichtungen der Bands betrifft, haben wir diese gebeten, sich selbst kurz vorzustellen, was einige von ihnen auch taten. Diese kommen im folgenden selbst zu Wort:

OUT ON BAIL:

Hinter diesem Namen steckt eine 1990 gegründete, deutschsprachige Hardrockband. Seit ihrer Gründung vor zweieinhalb Jahren haben die fünf Musiker schon einige Erfolge zu verzeichnen gehabt:

Ihre selbstgeschriebene Musik und die teilweise zeitkritischen Texte blieben nicht unbeachtet. Schon nach ihrem Konzert-Debüt im Januar 1991 war die Lokalpresse Recklinghausens begeistert, worauf die Band einige restlos ausverkaufte Konzerte gab.

Die darauf eingespielte Demokassette, die eigentlich nur zu Präsentationszwecken dienen sollte, war schon nach kurzer Zeit vergriffen. Neben weiteren Konzerten arbeiteten die Bandmitglieder an einer zweiten Veröffentlichung ihrer Songs auf Band.

Seit dem Herbst 1992 ist die Band das Gesprächsthema der Musikszene in ihrer Heimatstadt Recklinghausen. Sie war für den Soundtrack eines Films ("Ausgeflippt") zuständig, der sowohl in einem Recklinghäuser Kino als auch in "West 3" zu sehen war. Der dafür komponierte Titelsong "Rennen" wurde am 8.9.1992 erstmals im Radio gespielt.

Am 19.9.1992 gewannen die fünf Musiker den Publikumspreis beim 2. Newcomer-Festival im Kreis Recklinghausen. "Out on Bail" - das sind:

Jan Forster (dr./perc.), Marie Höhn (git.), Jens Weber (bs.), Raphael Weber (git./voc.) und Frank Withöft (key./voc.).

"EXALTED PARSLEY":

Tach, wir sind Exalted Parsley aus Recklinghausen.

Wir machen Musik. Unsere Musik ist sehr schön (finden wir).

Seit einer durchgesoffenen Nacht in einer Kneipe vor einem Jahr sind wir vier zusammen: Gesang und Gitarre: Micha und Timo, Bass: Jens, Trommeln: Timm.

Schräg und laut, das lieben wir - aber bitte mit Melodie! Wir haben übrigens auch schon ein Demo gemacht. Darauf sind 8(!) unserer allerschönsten Lieder. Wer's haben will (im

Probe einen Auftritt beim Antifa-Festival zu chartern.*

Ob's ein Erfolg war, ist die Frage (ich meine ja, der Tipper), aber es hat Spaß gemacht - und wir wünschen allen anderen Teilnehmern viel Glück und Fun.

Rock is with CaruSel - WIR kommen wieder!

*Musikrichtung: Jeder von uns hat seinen "Punk" dabei getan.

INFERNAL CURSE:

Die Marler Deathmetal-Band "Infernal Curse" wurde zwischen 1988 und 1990 von deren Schlagzeuger Arno Kruck (? , Scheißklaue, der Tipper) gegründet. Im Laufe der

Jahre fanden sich dort Lead- und Rhythmusgitarrist Carsten Reichart, der anfangs noch mit Lothar Cay (s.o.!) als 2. Gitarrist musizierte, welcher aber mehr oder weniger nur zum Spaß dort mitspielte.

Nachdem dieser die Band verließ, kam es dazu, daß Marc Bräutigam dort als Gitarrist einstieg. Nach ein paar



Versand für 7,-), ruft Timo an: 02361/31344.

Tschüß bis bald, Prost, Exalted Parsley.

CARUSEL:

Duda=Olli+Alex: Guitar+Bass

Knorr=Rene: Guitar

Johannsen=Björn: Drums

Ellinghaus=Floh: Projekt-Manager

"Von Bier gehört - Session gemacht - Auftritt - abgekackt - FUN"

Das ist CaruSel. Eine "Session"Band, die die Möglichkeit nutzte, ohne jegliche "sinnvolle"

Krisen mit den vorherigen Band-Mitgliedern (Björn F.-vocals, Hendrick K.-Bass) kam es dazu, daß Tim Wähler als Sänger sowie zuletzt Simon Royal als Bassist in die Band einstiegen.

Vollständig und in ihrem jetzigen Line-up fanden sich Infernal Curse anfang Mai 1992. Kurz darauf folgte auch der erste Auftritt in der HOT "Boje" in Marl. Sie supporteten dort die Marler Bands Senseless Remain sowie Dissection. Fast ein halbes Jahr später fand das "Freiräume-Festival" im HOT "Hülsberg" in Marl statt. Mit vier weiteren Bands, die alle im Bereich Rock-Hardrock anzusiedeln waren, waren IC dort mehr oder weniger die

härteste Band - und auch die meist besuchte. Denn besuchermäßig lief dies Festival nicht so gut, allerdings fanden sich bei IC am meisten Leute ein. Ungefähr einen Monat später spielten sie dann wieder in Marl, und zwar im HOT "Hagenbusch". Dort war es musikalisch gesehen wieder ein interessantes Package, denn zusammen mit Senseless remain supporteten sie dort eine Stuttgarter Hard-Rock-Band (Dark horse). Im nächsten Jahr folgte dann ihr bislang letzter Auftritt im Jugendzentrum Nord in Herten. Bei diesem, vom AFB organisierten Antirassismus-Festival spielten sie dort mit 8 weiteren Bands. Alles in allem waren die Musiker dort ein wenig unzufrieden mit der ganzen Organisation, da wohl irgendwie die ganze Vorbereitung mit der Besorgung der Anlage schiefging (das stimmt, der Tipper!). Es hatten sich erst kurz vor Beginn des Konzerts die Verstärker eingefunden, obwohl sie doch eigentlich ebenfalls mit der Anlage hätten gemietet werden sollen (Stimmt, wir haben uns da ziemlich blind auf die Jungs von der Herner Combo "Chilcomb farm" verlassen, Wolfgang vom AFB, Sorry!). Ebenfalls war es für IC klar, daß sie, wie abgemacht, ihr eigenes Schlagzeug mitbrachten. Anscheinend hat der Mischer des ganzen Konzerts nichts von dieser Abmachung mitbekommen. Trotz alledem schien sich der Sound unten (vor der Bühne) ganz gut gemacht zu haben (Ihr kamt gut an, auch wenn die Stilrichtung nicht

unbedingt mein Ding ist, der Tipper). Ganz anders war dies oben auf der Bühne,

wo die Musiker (besonders der Schlagzeuger) nur ihre eigenen Instrumente und den

Gesang hörten, welcher so nur teilweise richtig abgenommen wurde, weil die Mikrophone manchmal aus waren (die Kritik geht an den Mischer !). Und was soll man als Schlagzeuger auch noch Großartiges hören, wenn man eine riesige Monitorbox neben sich stehen hat, durch welche der Gesang zu hören war.

Davon ab haben sich Infernal Curse auch nicht gerade von ihrer besten Seite gezeigt, womit sie eigentlich schon immer Probleme hatten. Die Fehler sind auf beiden Seiten zu suchen. Obwohl es bestimmt genug Leute gibt, die der Meinung sind, daß sich bei einer solchen Art von Krach, die die Leute da mit ihren Instrumenten erzeugen, eigentlich nur ein aggressiver Haufen von Haß bilden kann. Manchen Leuten sollte man jedoch ihre Vorurteile lassen, da sie vielleicht den Sinn der manchmal doch direkten Texte ja gar nicht verstehen.

Es dreht sich in den Texten hauptsächlich darum, daß Leute mit Depressionen fertigwerden oder nicht, sie behandeln Alpträume, oder gehen einfach nur der Frage nach, was ist, wenn ich tod bin?



WilfriedSTR. 10
4100 DUISBURG 11
TEL. 0203/40 85 01
FAX 0203/40 69 16

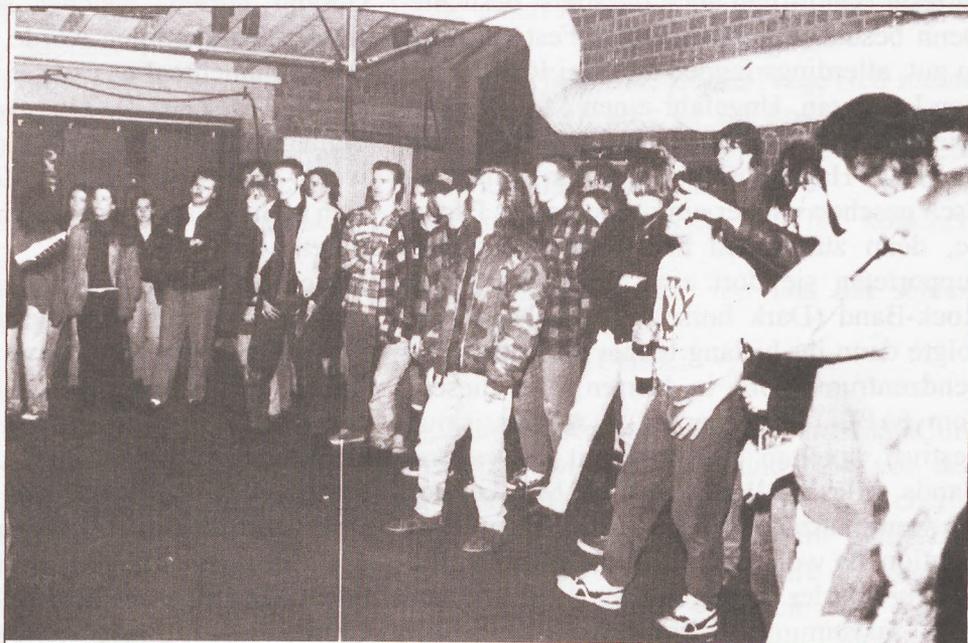
- ◆ **OFFSETDRUCK**
- ◆ **WERBEDRUCK**
- ◆ **SCHNELLDRUCK**
- ◆ **KLEBESCHRIFTEN**
- ◆ **ENDLOSFORMULARE**
- ◆ **HOCHZEITSKARTEN**

IC haben anfangs Songs mit mehr oder weniger klischeehaften Texten geschrieben (Leichenschändung, etc). Aber man sollte in all dem kranken Leben nicht den Spaß verlieren.

Und man sollte nicht die Krankheit als "pervers" und "abartig" beschimpfen, denn es ist die Realität.

Contact:
Marc Bräutigam
Westfalenstr. 5
4370 Marl.

(Einige Sätze des Manuskripts waren leider völlig unleserlich, der Tipper)



Neben den hier vorgestellten

Bands spielten,

wie erwähnt, noch die Gruppe "Senseless", die Herner Bands "Chilcomb farm" und "No agree". Ursprünglich war auch eine türkische Rockband eingeplant, die aber kurzfristig ausfiel.

Insgesamt war das Festival ein Erfolg - nicht zuletzt wegen der großen Breite von unterschiedlichen Stilrichtungen, aber auch, weil bei einigen Auftritten die "Post ganz schön abging".

Deutlich bemerkbar war auch das politische Klima auf dem Konzert: Es wurden viel Gespräche geführt, die Leute aus den verschiedenen Städten gingen aufeinander zu, tauschten Erfahrungen aus und lernten sich kennen.

Der Appell, die Augen offenzuhalten, wachsam zu sein, auch möglichst nicht allzusehr abzudrehen, wurde durchgängig befolgt.

Die Hertener Jugendlichen wußten sehr genau, daß das "Nord" von "interessierten Kreisen" der Hertener Politiker plattgemacht werden soll. Denen wären Sachen wie Schlägereien o.ä. gerade recht gekommen - aber alles blieb friedlich, und die meisten hatten echt ihren Spaß.

Also alles in allem - so was könnten wir ruhig öfters machen.

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28

4350 Recklinghauseun
Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung

Donnerstag, 19.- 20.00 Uhr.

Anzeigenkonto:

BLZ: 426 500 30

Kto. - No.: 1000 229 38

Stadtsparkasse Recklinghausen

Abonnentenkonto:

BLZ: 430 500 01

Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ

Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck: Deniz Druck & und Verlag,
Duisburg

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Ingrid und
Folko W., Bruno, Klaus D., Thea A. St.,
Antje Sch., Wolfgang T., Holger W.

Faschismus in Kurdistan - Faschismus in der Türkei?

Anmerkungen zu einer Begriffsgeschichte

(Vortrag und Diskussion bei der Antifa-Wattenscheid im Martin-Luther-Haus, Oktober '92)

Selbst manche AntifaschistInnen sind zuweilen der Ansicht, mit dem Faschismusbegriff werde "zu leicht um sich geworfen" und damit gesellschaftliche Verhältnisse, die veränderungsbedürftig erscheinen, zu einfach etikettiert. Dies gelte sowohl auf unsere politische Verhältnisse bezogen als darüberhinaus auf das Ausland. Andersherum werden radikale AntifaschistInnen als faschistisch" deklariert, wenn sie in ihren Kämpfen gegen Chauvinismus die eigenen Genossen nicht ausnehmen.

Um Unterdrückungsmechanismen genauer zu Konkretisieren und zu differenzieren, verwenden - auf die BRD bezogen - manche auch immer noch den Begriff des "Sozialfaschismus". Äußert sich ein faschistisches Regime immer nur in seiner Totalität oder kann seine Politik auch in einzelnen Bereichen - wirtschaftlich oder sozial betrachtet - in Erscheinung treten? - so ähnlich lautet dann die entsprechende Fragestellung.

Definitionen über Faschismus begannen nicht erst mit der offenen Ausübung faschistischer Diktaturen in Deutschland, Italien oder Spanien. Sie reichen etwas weiter zurück bis zu Beginn diesen Jahrhunderts in den zwanziger Jahren, als sich jedoch faschistische Herrschaftsstrukturen schon abzeichnen begannen. Die Definitionen bezogen sich auf einen "Sozialfaschismus" (Grigorij Sinowjew, 1924), auf den Faschismus an der Macht" als "die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente der Frühkapitals" (Georgi Dimitroff, 1935), erklärten seine Entstehung aus der kapitalistischen und imperialistischen Entwicklung heraus (Thalheimer, 1928) als daß sie ebenso einen Schluß der gesellschaftlichen Tendenzen auf die (psychischen) Persönlichkeitsentwicklungen miteinbezogen (Wilhelm Reich und Erich Fromm).

Sowohl den bürgerlichen als auch nichtbürgerlichen FaschismusforscherInnen ist jedoch zu eigen, daß sich ihre Analysen an Deutschland bzw. den imperialistischen westeuropäischen Staaten orientierten - nicht jedoch an den Ländern, die heute zu den ausgebeuteten der drei Kontinente zählen.

An dieser Stelle sollen nicht die zahlreichen Definitionen abgehandelt werden, was nun "reiner" Faschismus ist und was nicht. Festzustellen bleibt, daß die Definitionen - ob von Linken oder nicht - in

(west)europäischen Ländern entwickelt wurden und mit diesen "Meßapparaten" die politischen Verhältnisse außerhalb Westeuropas bis heute taxiert werden. nach den eigenen, fernab des eigentlichen Ortes liegenden Kriterien wird anschließend die jeweilige Solidaritätsarbeit ausgerichtet.

In der SoZ Nr. 11 v. 21.5.92. gelangt bspw. Angelika Prömm zu der Ansicht, daß "die Türkei als faschistisch zu bezeichnen (...) ebenso schlicht wie falsch (ist)" und daß "zwischen dem 'türkischen' Teil der 'Türkischen Republik' und dem besetzten kurdischen Teil (...) eine Unterscheidung wichtig (ist)." Weiter schreibt sie: "Von den demokratischen Möglichkeiten, wie sie in der eigentlichen Türkei vorhanden sind, kann in Kurdistan keine Rede sein."

Davon abgesehen, was Angelika Prömm mit den "Möglichkeiten" und der "eigentlichen" Türkei meint, ist es - um beim Thema Kurdistan zu bleiben - durchaus angebracht, zuerst einmal die Sichtweise derjenigen zuzulassen, die Betroffene der Situation sind und dabei die aus Westeuropa importierten "Meßinstrumente" beiseitezulegen. Was das Verhältnis der Türkei und Kurdistan zueinander betrifft, so kann nicht einfach nur auf dem bloßen Papier zwischen beiden Gebieten "unterschieden" werden. Kurdistan ist immer noch ein besetztes Land, und der größte Teil (Nord-West-Kurdistan) wird von der Türkei

kontrolliert. 25% der Gesamtbevölkerung innerhalb der Grenzen der Türkei sind KurdInnen, die nicht nur im Osten oder Süden des Landes leben, sondern durch die Zwangsumsiedlungspolitik bis weit in die westlichen Metropolen vertrieben wurden. Das legt nahe, daß erstens der türkische Staat seine eigenen Unterdrückungsapparate in das Land transferierte, als zweites auch innerhalb der westlichen Gebiete gegen die zwangsumgesiedelten KurdInnen anwendet. Historisch kann das nicht voneinander losgelöst betrachtet werden, und diese Bedingungen schwingen auch immer wieder in den Anklagen der Kurden und Kurdinnen mit. Darüberhinaus beweisen zahlreiche Menschenrechtsreporte, daß die türkische Regierung die zahlreichen oppositionellen Frauen und Männer - ob kurdisch oder nicht, lazisch, tscherkessisch, türkisch - nicht vor den "eigenen" Repressionsmaßnahmen verschont. Sicherlich legt der über Nordkurdistan verhängte Ausnahmezustand den türkischen Besatzungsbehörden besondere Befugnisse in die Hände, die Menschenrechte dort noch weitaus unkontrollierter außer Kraft zu setzen, als es mit dem bisherigen türkischen Recht vereinbar ist, jedoch sind die Türkei und Nord(west)kurdistan bislang noch keine autonomen Gebiete, so daß die Frage: Gibt es Faschismus in Kurdistan? auch heißen könnte: Wer sind die Faschisten in

Kurdistan bzw. Gibt es einen Faschismus in der Türkei?

Gesamtkurdistan ist aufgrund des Lausanner Abkommen (1923) vierteteilt worden, d.h. der Türkei, dem Irak und Iran sowie Syrien zugesprochen worden. Der größte Teil der kurdischen Bevölkerung lebt in der Türkei, daneben ein großer Teil im Irak. Bei den Analysen "gibt es einen Faschismus und wo" ist an dieser Stelle ein historischer Gesamtüberblick über alle Länder nicht leistbar, so daß sich der Teil vorzugsweise auf den türkisch besetzten Teil beschränken muß. Jedoch darf nicht außer acht gelassen werden, daß im März 1988 Halabja im Irak mit deutschen Giftgasbomben beschossen wurde. Es kann auch nicht unterlassen werden, daß Anfang September 1992 seitens der irakischen Kurdenführer Barzani und Talabani Verhandlungen mit dem türkischen Staatspräsidenten Özal stattfanden mit dem Ergebnis, daß daraufhin Barzani in aller Öffentlichkeit den PKK-Führer Öcalan mit Idi Amin verglich¹ Kurz danach begannen die Kämpfe der KurdInnen untereinander, bei denen die irakische Seite von der türkischen Luftwaffe massiv unterstützt wurde. Zur selben Zeit fanden auch Treffen der iranischen mit der türkischen Regierung statt mit dem Ziel der gemeinsamen "Terrorismus"-verurteilung, die sich gegen die PKK in der Türkei richtete und "für" ihre Verfolgung weltweit. Das heißt, das Augenmerk auf die Rolle der Türkei zu beschränken ist nicht so einseitig, wie es scheinen mag, denn die türkische Regierung übt - was die Kontrolle über Kurdistan und KurdInnen betrifft - einen hauptsächlichlichen Druck auch über die eigenen Landesgrenzen hinweg aus und tritt, um kurz die aktuellen Tagesereignisse durch den Zerfall der ehemaligen jugoslawischen und Sowjetrepubliken miteinzublenden, auch weiterhin nicht auf den Füßen. Um der Frage "was ist Faschismus in Kurdistan" nachzuspüren wird deshalb nicht die Rolle der türkischen Besatzung ausgeblendet,

und neben einer kurzen Skizzierung der letzten Ereignisse kommen vor allem Betroffene in den Flugblättern und Schriften der unterschiedlichen fortschrittlichen (türkischen oder kurdischen) Organisationen zu Wort, in denen sie ihre Sicht, was "faschistisch" ist äußern und die Situation in Kurdistan beschreiben. Daneben wird ein juristischer Vergleich des jetzigen türkischen Strafrechts mit dem im ehemaligen nazistischen Deutschland in Bezug auch die Strafverfahrenspraxis eingeschoben, um einmal an einer ausgewählten Stelle zu präzisieren, ob Vergleiche mit hierzulande entwickelten Vorstellungen über "Faschismus" zutreffend sein können.

Geteiltes Kurdistan, Nordwestkurdistan und KurdInnen in den türkischen Gebieten

Nach allen bislang stattgefundenen Kämpfen um eine kurdische Autonomie wurde noch 1920 im Abkommen von Sevres von der Gründung eines kurdischen Staates gesprochen, doch schon im Lausanner Abkommen von 1923 machte alle Hoffnungen erneut zunichte: Kurdistan wurde in vier Teile geteilt und Land, Kultur und Bevölkerung der Türkei (15 Mill. K; d.h. 25% der Gesamtbevölkerung GB), dem Iran (7 Mill. K; 17% GB), Irak (4,5 Mill. K; 30% GB) sowie Syrien (1,5 Mill. K; 11% GB) zugesprochen. Die Aufteilung wurde von den Siegermächten des ersten Weltkrieges vollzogen, die dabei ihre Mandatsgebiete - Irak/ Südkurdistan britisch und Syrien/ Südwestkurdistan französisch - berücksichtigten. Auch die Deutschen hatten früh begonnen, bei den Auseinandersetzungen fernab von Westeuropa kräftig mitzumischen, denn bspw. in der Zeit zwischen 1835 und 1839 erteilte der General Helmuth von Moltke der osmanischen Armee Nachhilfestunden, wie denn den kurdischen Aufständen mit deutscher Gründlichkeit beizukommen sei.

Im März 1988 verübte die irakische Regierung mit deutschen Waffen das Giftgasmassaker auf die kurdische Bevölkerung von Halabja, bei dem über 5000, hauptsächlich Frauen und Kinder eines quallvollen Todes starben. Doch seit dem Mai 1992 verfügt Südkurdistan nun über ein eigenes Parlament, in dem Barzani (KDP) die meisten Sitze erhielt, gefolgt von Talabani (PUK) der in den südlichen Regionen seine Anhänger hat. Das war der Beginn einer unheilvollen Allianz mit der türkischen Regierung, die im September zu gemeinsam durchgeführten Operationen gegen die kurdische Zivilbevölkerung in der Türkei, als auch gegen Stützpunkte der kurdischen PKK im Nordirak unter dem Deckmantel "Terrorismusbekämpfung" führte.

Immer wieder hatte es in der kurdischen Geschichte zahlreiche Aufstände gegen die Besatzermächte gegeben; so wurde 1946 die kurdische Republik Mahabad im Iran vernichtet und in der Türkei zwischen 1920 und 1940 zahlreiche Aufstände niedergeschlagen, die sich, aufgrund der Gründung der türkischen Republik, auch gegen die 1923 begonnene Zwangstürkisierung richteten.

Zwangstürkisierung hat für die unterschiedlichen in der Türkei lebenden Völker bis heute nicht aufgehört. So beschloß der Autorenkongreß der türkischen Welt, den die türkische Tageszeitung Türkiye in Zusammenarbeit mit der Berufsunion der türkischen WissenschaftlerInnen und LiteratInnen (ILESAM) im Oktober 1992 organisierte, daß auch in den neuen unabhängigen türkischen Republiken (sowohl Aserbaidschan als auch Kasachstan, Kirgisien, Turkmenistan, Kyrgystan, Tadschikistan und Usbekistan) der "Übergang zu einem gemeinsamen Alphabet und die Schaffung einer einheitlichen Sprache" in Zukunft angestrebt werde.²

In der Türkei zeigen sich Repressionen gegen alles Kurdische aber noch existentieller. Dörflerinnen und

¹ S.Nachrichten aus der Türkei v. 11.9.'92

² Türkiye 23. u. 27.10.92.

Dörflern werden zwangsumgesiedelt und die Dörfer und Nahrungsgrundlagen systematisch vernichtet; schon allein wegen des Verdachts, die PKK (mit Essen) zu unterstützen, werden DorfbewohnerInnen erschossen. Mittlerweile hat sich der Krieg gegen kurdische Zivilbevölkerung von den Dörfern auf die Städte verlagert: Menschen verschwinden spurlos und werden plötzlich tot aufgefunden (Vedat Aydin im Sommer 1991), Journalisten werden hinterrücks erschossen (zuletzt Namik Taranci im November 1992), seit dem Newrozfest im März 1992 finden gezielte Militäroperationen gegen kurdische Städte statt, die sich im August 1992 bis hin zur Zerstörung Sirnaks sowie der umliegenden Ortschaften (z.B. Çaglayan im September 1992) steigerten. Darüberhinaus bombardiert die türkische Luftwaffe gemeinsam mit den irakischen Kurdenführern Stützpunkte der PKK, wobei auch die kurdische Zivilbevölkerung nicht ausgenommen wird. Für die kurdischen Frauen und Mädchen kommen noch gezielte Unterwerfungsmechanismen hinzu: Nicht nur, daß die historische Zwangsislamisierung ihre persönliche Freiheiten in besonderer Weise einschränkte, sondern sie werden Jungfräulichkeitsuntersuchungen in Bezug auf den türkisch-islamischen Männerwahn von "Ehrbarkeit"

ausgesetzt sowie verheiratete Frauen genötigt, zu "beweisen", daß sie keinen Kontakt mit den Ehemännern hatten. Frauen aus dem Ausland, die sich in Hotels der kurdischen Städte aufhalten, sind davon nicht ausgenommen. Es ist nicht ungefährlich für sie, des nachts allein in einem Hotel zu übernachten, da sie mit Belästigungen rechnen müssen, doch sich sollte ein einheimischer Mann schon allein aus Schutzgründen in dem Zimmer befinden, so müssen sie damit rechnen, zwangsweise gynäkologisch untersucht zu werden (ein ausländischer "Aufpasser" wird dagegen akzeptiert, da auch ausländische "Besitzstandsverhältnisse" akzeptiert werden).

Für die in die westlichen Metropolen vertriebenen Kurdinnen und Kurden gelten ähnliche funktionierende Bedrohungen und Behinderungen: Bei Personalausweiskontrollen müssen sie damit rechnen, festgenommen zu werden, Razzien in kurdisch bewohnten Gebieten sind an der Tagesordnung, die Medienhetze gegen alles Kurdische steigt, in Izmir wurde zum Boykott kurdischer Geschäfte aufgerufen nach dem Motto "Kauft nicht bei Kurden", in den Tourismushochburgen Alanya und Fethiye fanden Pogrome gegen kurdische Geschäfte

statt. und kurdische Frauen müssen sich entsprechend der immer noch praktizierten Sitte einfügen, besser im Hause zu leben als auf den Straßen frei bewegen zu können. Die türkische Regierung billigt solche Vorkommnisse, indem sie nichts dagegen tut und fördert sie, indem sie durch ihre Strafrechts- und Militärpraxis zweierlei Recht spricht. Von einigen schon erwähnten Methoden wie "außergerichtliche Hinrichtungen" (d.h. "tot gefangen genommen") oder den sexuellen Übergriffen werden jedoch auch andere Andersdenkende in der Türkei nicht ausgenommen.

Exkurs: Vergleich zwischen der türkischen Militärjustiz und der Justiz im Nationalsozialismus

Wenn es um internationale Solidaritätsarbeit geht, finden die deutschen Linken oft Grundsatzdebatten darüber an, ob es sich bei diktatorischen Systemen um faschistische Regime handelt. Häufig genug werden aus der eigenen Geschichte Vergleichswerte und Definitionen herangezogen, um auf solcher "Verstehens"basis die Solidarität auszurichten und zu begründen. Dabei wird zuweilen vergessen, daß jedes Land seine eigenen Merkmale von "faschistischer Gewalt" besitzt und daß die von ihr Verfolgten eigene

ANZEIGE

**AFRO
LATIN
MUSIC PUB**

Cafe Cuba

Westbahnhof 1 (S Bhf) Essen A430 E-Hobeisenbr ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

Vorstellungen darüber entwickelt haben, was faschistisch ist oder was nicht und nicht auch dort noch das Dominanzprinzip europäischer Begriffsgeschichte stetig befolgt werden muß.

Von solchen Überlegungen unabhängig haben sich trotzdem einige Juristen der Mühe unterzogen, aus Anlaß der Verletzungen grundlegender Rechtssätze des Strafverfahrens in der Türkei einen Vergleich zwischen der Strafverfahrenspraxis dort und derer in Deutschland in der Zeit von 1933 bis 1945 zu wagen, der in einigen Auszügen dokumentiert werden soll. Für das nationalistische Deutschland stellt Helmut Kramer fest, daß nach der Machtübernahme 1933 die richterliche Unabhängigkeit gewahrt blieb und diese bis 1945 formell nie angetastet wurde. Dagegen kam es zur Einrichtung des Volksgerichtshofes und der Sondergerichte, von denen die Öffentlichkeit häufig ausgeschlossen blieb. Gegen abwesende Angeklagte soll es selten zu Hauptverhandlungen gekommen sein, außer ab 1940 bei Wehrpflichtenzug (Dissertation). Allmählich wurden die "Beweisantragsrechte" der Angeklagten abgeschafft, jedoch blieben die Kontakte zwischen Verteidigung und Untersuchungshäftling intakt. Die nationalsozialistischen Gerichte schränkten aber das Akteineinsichtsrecht für Angeklagte entscheidend ein, und es wurde immer mehr üblich, das als strafbar zu bestimmen, was zum Zeitpunkt der "Straftat" noch nicht gesetzlich strafbar war (z.B. Organisationszugehörigkeit zu einer bestimmte Gruppe). Letztlich ist der Völkermord an Jüdinnen, Juden, Sinti und russischen ZwangsarbeiterInnen nicht zu vergessen, der mit dem "Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses" (1933) und den "Nürnberger Rassengesetzen" (1935) eingeleitet wurde.

Parallelen mit der türkischen Militärjustiz nach 1980 lassen sich nicht auf Anhieb finden und geben nach Kramer auch nur ein "ungefährtes Bild" wieder. Gemäß seiner Recherchen sind die Richter keineswegs

unabhängig, viele "aufrechte Richter" wurden in laufenden Verfahren abberufen oder strafversetzt. Auch die Sondergerichte der NS-Zeit können sich nicht mit den türkischen Militärgerichten vergleichen lassen, denn das nationalsozialistische System funktionierte neben den Sondergerichten zweigleisig, weil es zusätzlich noch Amts-, Land- und Reichsgerichte gab und politische Gegnerinnen von vornherein der Gerichtsbarkeit entzogen und in "Schutzhaft" (KZ) genommen werden konnten. Nach Beobachtungen von Strafverfahren gegen türkische Oppositionelle ist vorgekommen, daß Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft in die Beratungen der Gerichte eingegriffen haben - ein Umstand, die die Unabhängigkeit der Gerichte schwer verletzt und worüber Kramer über Vergleichbares "aus der Zeit des 'Dritten Reiches' nichts bekannt" ist. Nach dem Militärputsch 1980 gab das neue Kriegsrecht dem Gericht die Möglichkeit, in Großverfahren Angeklagte für "sie nicht betreffende Verhandlungen" von der Teilnahme auszuschließen. Zusätzlich wurde ähnlich wie im Deutschland von 1933 die Beweisantragsrechte der Angeklagten eingeschränkt sowie zusätzlich die Kenntnisnahme durch ein durch Folter erzwungenes Geständnis nicht festgehalten.

Im Gegensatz zu Deutschland gab es nach 1980 gesetzliche Einschränkungen in Bezug auf Kontakte zwischen Verteidigung und Angeklagter/m, das Recht der Angeklagten auf Akteneinsicht blieb jedoch in beiden Ländern verwehrt. Darüberhinaus ist es bis heute in der Türkei üblich, ähnlich wie im nationalsozialistischen Deutschland, die Bestimmungen dessen, was strafbar ist, bis dahin zurückzudatieren, als bestimmte Umstände noch gar nicht als strafbar galten.

Auch was die Verfolgung von Minderheiten betrifft, drängen sich manche Parallelen mit der Türkei und dem Deutschland zwischen '33 und '45 auf, doch Kramer ist wohl mit Blick auf die "Einmaligkeit des deutschen Faschismus" vorsichtig,

wenn er meint, daß "ein Fazit aus dem Vergleich der Behandlung der Polen in den Jahren zwischen 1939 bis 1945 ziehen (sollte)".³

Unzutreffend jedoch ist nicht zu behaupten, daß in Bezug auf die türkische Strafverfahrenspraxis bis heute und trotz wechselnder Regierungen von einem Rechtsstaat mit demokratischen Prinzipien nicht gesprochen werden kann, und auch Eckart Klawitter⁴ hebt die extreme Unterdrückung der Angeklagten in Diyarbakir hervor, die unverhüllt zur Schau gestellt wird. Er kommt zu dem Schluß, daß es sich bei der Militärgerichtsbarkeit nach 1980 "nicht mehr um ein Justizorgan, sondern um ein Organ der Exekutive" gehandelt hat.

Angesichts mancher nicht nur personeller Kontinuitäten in der Besetzung der deutschen Gerichte und Verwaltungen nach 1945 drängt sich, was die Verknüpfung der Türkei mit der jetzigen BRD betrifft eher auf, inwieweit tatsächliche Ähnlichkeiten und Verhandlungen zwischen beiden Staaten bestehen. Im April 1991 wurde in der Türkei das "Antiterrorgesetz" verabschiedet, das vorgab, kopierte Teile des vom italienischen Strafgesetzbuch aus der Ära Mussolini neu unter "demokratischen Gesichtspunkten" zu fassen. Dabei nahm es bei der hiezulande als §129a in die politische Justizgeschichte einging. Auch der Bau neuer Isolationstrakte in Ekisehir ging auf deutsche Gefängnisarchitekturpläne zurück. Und obwohl die Hundehaltung in der Türkei und Kurdistan noch eine Seltenheit darstellt, sieht man an den 1. Mai-Tagen viele deutsche Schäferhunde an den Leinen derer, die von deutschen Polizisten eine Grundausbildung in "Terrorismusbekämpfung" erhielten. Darüberhinaus werden ähnliche fachliche know-hows an die "Kollegen" im "Osten" weitervermittelt verbunden mit deren Gegengeste, die ehemaligen NVA-Panzer in Cizre und anderswo zu entsorgen".

³ Helmut Kramer in: Politische Prozesse in der Türkei, hg. v. Republikanischen Anwaltsverein e.V. u.a., Berlin 1983, S. 89 - 104.

⁴ Ebd., S. 104-109

ZUM MEINUNGSBILD TÜRKISCHER SOWIE KURDISCHER ORGANISATIONEN IN BEZUG AUF "FASCHISMUS IN TÜRKEI ODER KURDISTAN"

Faschismusbegriff im Sprachgebrauch der türkischen Opposition

Zum besseren Verständnis der von türkischen und kurdischen Organisationen herausgegebenen Flugblätter und Schriften blenden wir noch einmal kurz einige Daten der türkischen Geschichte ein:

Am 12. September 1980 putschte in der Türkei die Militärs, die daraufhin das Parlament auflösten und stattdessen den Nationalen Sicherheitsrat errichteten sowie eine neue "Verbots"Verfassung einführten. Die ersten Wahlen unter Aufsicht der Militärs fanden drei Jahre später statt, aus denen die ANAP (Mutterlandspartei) als Siegerin hervorging und damit das "Erbe des Septemberregimes" antrat. 1987 gewann erneut die Mutterlandspartei die Wahlen, und seit 1989 sitzt ihr ehemaliger Parteivorsitzender im Präsidentenpalais. Der türkische Staat ist Mitglied der NATO, und er hat die Europäische Menschenrechtskonvention und die Anti-Folter Konventionen der UNO und EG ratifiziert. Sein Image gibt sich demokratisch, doch die Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen an Oppositionellen sind enorm. Im Oktober 1991 wurden in der Türkei die Wahlen vorgezogen, aus denen eine Koalition der Parteien DYP (Demirel) und SHP (Inönü) hervorging, die beide dem Volk neue Demokratisierungsprozesse versprachen. Jedoch führt der Nationale Sicherheitsrat neben dem Parlament immer noch ein eigenes und selbständiges Leben, in den Staatssicherheitsgerichten sitzen immer noch

Militärrichter, außergerichtliche Hinrichtungen auf den Straßen häufen sich, die das Foltern in den Gefängnissen nahezu unnötig macht, und das Gesetz über den Ausnahmezustand vom 25.10.1983, das über die kurdischen Gebiete verhängt wurde, wurde am 19. Juli 92 erneut um vier weitere Monate verlängert und bis heute nicht aufgehoben.

Die Flugblätter der türkischen Opposition behandeln das Thema des Faschismus unterschiedlich: Zum einen wird mit dem Faschismusvorwurf ein Bezug der jetzigen Regierungskoalition zur Septemberära 1980 hergestellt, zum anderen ist damit die Bombardierung der kurdischen Bevölkerung gemeint. Manchmal wird auch von "faschistischem Terror" gesprochen, mit dem die Beschränkung demokratischer Grundrechte sowie die Verursachung von Arbeitslosigkeit und Armut bezeichnet wird.

Angesichts des 12. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei (1992) gab eine Plattform kurdischer sowie türkischer Organisationen mit Devrimci Sol. KAWA, TPD/ML (vers. Gruppierungen), TDKP, TIKP sowie Rizgari einen gemeinsamen Aufruf unter "12. Jahres des *faschistischen Militärputsches* am 12. September 1980 in der Türkei heraus.⁵ In ihm wird ein Bezug zum US-Imperialismus sowie seiner Mitwirkung am 12. September 1980 hergestellt und die ANAP-Regierung in Kontinuität zur Militärjunta gesetzt. Inhalte darüber, was die faschistische Militärjunta bewirkte, werden mit "Ausschaltung der Rechte der ArbeiterInnen" sowie "Gleichschaltungsmaßnahmen" benannt.

Trotz des "demokratischen Anscheins der Türkei" bezeichnete Yalcin Küçük - türkischer Schriftsteller (u.a. i.d. Zeitschrift

"Toplumsal Kurtulus, Ökonom sowie Mitherausgeber der prokurdischen Zeitschrift "Yeni Ülke" - schon 1989 in einem Interview als Ziel solcher Maßnahmen, "in der Türkei die Linken als einen Fall der Polizei (zu) betrachten". In Bezug auf die Exekutiven und 2 Legislativen schafft. Während sich einerseits eine allmähliche Demokratisierung für einige Teile der Gesellschaft zeige - Verhaftungen von Journalisten der bürgerlichen Presse stellen nur noch eine Seltenheit dar - lasse sich andererseits eine Zunahme von Gewaltherrschaft verzeichnen, die sich gegen Linke, türkische Linke richte, die einen prokurdischen Standpunkt einnehmen. Küçük bezeichnet die derzeitige ANAP-Regierung als eine Art "Polizeiregime", das eigens "für die revolutionären Linken wie mich eine eigene Polizei schuf".⁶

In einem Flugblatt vom 8. September 1992 schrieb das ZK der TKP/ML Bolschewik: "der *faschistische Staat* bombardiert das unterdrückte kurdische Volk." Schwerpunktthema des Infos ist der Völkermord an Kurdinnen und Kurden, für den der türkische Staat als "Faschist", die untätig Zusehenden sowie Waffenbeteiligten "ausländischer Imperialisten" verantwortlich gemacht werden.

Etwa ein Jahr später, schon nach dem Regierungsantritt der neuen Koalition von DYP und SHP, gibt DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in einer Presseerklärung u.a. über die Zwangsverlegungen von Häftlingen in den E-Typus des Gefängnisses von Ekisehir heraus: In der Türkei und Türkisch-Kurdistan wird der *zügellose faschistische Terror* fortgesetzt." Der faschistische Terror" schließt u.a. ein: die Beschränkung der Organisations-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit" sowie "Folter und

⁵ Im folgenden Hervorhebungen durch die Autorin.

⁶ Yalcin Küçük in Türkei kritisch Oktober 1989, S. 18-20. Küçük - ehemaliges TIP-Mitglied (türkische kommunistische Partei, jetzt legal) - wird von der türkischen Linken sehr angegriffen und zwar wohl aus dem Grunde, daß er ihnen stetigere "kemalistische" Haltung in Bezug auf die Kurdistanpolitik vorwirft (kann man mit dem hierzulande bekannten Rassismusbegriffsvorwurf gleichsetzen). 1990 gab er in einem Buch seine Gespräche mit Abdullah Öcalan heraus (Kürtler Üzerine Tezler), das - obwohl nicht auf dem Verbotsindex stehend - immer wieder von der Polizei von den Büchertischen konfisziert wird (so zuletzt auf dem HEP-Kongreß in Ankara, September 1992). Kürzlich erst wurde Küçük erneut in Untersuchungshaft genommen und einem 36stündigen Verhör unterzogen. Dabei wurden Videocassetten, Tonband- sowie Fotomaterial beschlagnahmt. (nach Özgür Gündem v. 28. Dez. 1992).

Unterdrückung als Staatspolitik", gegen die sich letztlich die Hungerstreiks in den türkischen Gefängnissen richteten.

In der Broschüre über die selbstverwaltete Stadt Fatsa im Norden der Türkei an der Schwarzmeerküste sprechen die Herausgeber (weibliche Suffixe kommen nicht vor) nach dem blutigen Ende von Fatsa (1980) einerseits von "Zivilfaschisten", die den Septemberputsch mit ermöglichten als auch von Kreisen der "grauen Wölfe", MSP (Heilspartei von Erbakan) und anderen "maskierten Faschisten", die zum Fall von Fatsa beitrugen. Im Gegensatz zu anderen linken Broschüren aus der Türkei fällt der Faschismusbegriff rechte wenig⁷, jedoch an anderen Stellen (bezogen auf 1980) wird festgestellt: "Der Faschismus ist im Staat organisiert" sowie "selbstverständlich kann vom Faschismus, wie wir es von Deutschland, Italien oder anderen kapitalistischen Ländern kennen, nicht die Rede sein. (...) Weil der Faschismus unter diesen Bedingungen eigene Formen annimmt und annehmen wird".⁸ Heute sprechen einige Vertreter jedoch nur noch von einem "verdeckten Faschismus" in der Türkei.

In wiederum anderen Schriften, bspw. von der THKP-C (Volksbefreiungspartei und -front der Türkei, begründet von Mahir Cayan) wird von der "Oligarchie" in der Türkei gesprochen. Ein Auslandskomitee schrieb im Jahre 1981: "Die Oligarchie (herrschende Minderheit) ist die einzige Verantwortliche für den faschistischen Terror auf unserem Volk, für Arbeitslosigkeit, den Hunger und die mit den imperialistischen Monopolen in einem Interessenbündnis stehen, einheimische Ausbeuter und deren Wachhunde." Besonderer Bezug genommen wird auch auf den "pro-amerikanischen Faschismus und unserem Land", der sich "gegen

die bewaffnete Avantgarde des Volkes richtet."⁹

Diskussionen einer deutschen Frauen- und Lesbengruppe mit Türkinnen und Kurdinnen von Bolschewik Partizan ergaben darüberhinaus ein etwas ausführlicheres Bild, was über das allseits schon Publierte in Bezug auf Faschismus nicht aus dem Augenmerk gelassen werden kann. Kurz zusammengefasst kamen beide Gruppen zu dem Schluß, das Faschismus "in verschiedenen Formen" existieren kann, so wie er bspw. in der Türkei eine "parlamentarische Maske" besitzt. Auf diese Unterschiedlichkeit der "Gesichter" müssen sich die antifaschistischen Kämpfe einstellen. Eindeutig ist jedoch in der Türkei sowie in Nordkurdistan, daß "das Gesicht des Faschismus ein eindeutig männlich-patriarchalisch geprägtes Gesicht" besitzt. Faschismus ist nicht allein eine Frage der Ökonomie, denn "gerade der Faschismus als Herrschaftsform ist vor allem eine ideologisch politische Antwort der herrschenden Klassen und zwar "insbesondere wenn sich Revolution und Konterrevolution in offenen Kämpfen gegenüberstehen."¹⁰

Zusammenfassend ergibt sich, daß nahezu alle türkischen demokratisch- und linksoppositionellen Gruppen von einem in der Türkei sowie Nordkurdistan ausgeübten Faschismus sprechen, der auch nach den Wahlen bis zum heutigen Tage existiert und seine Unterdrückungsformen in aller Öffentlichkeit sogar noch verstärkte. Als Verantwortlich für den Faschismus wird der türkische Staat, seine Polizei, das Militär, einzelne Trägergruppen, der US-amerikanische Imperialismus, die Klasse der Besitzenden sowie der Männerchauvinismus angegeben.

Faschismusbegriff in kurdischen Publikationen

Am 20. August 1992 macht die kurdische Organisation HEVKOM (Hilfsorganisation für Angehörige politischer Gefangener und Ermordeter) die "türkische Konterguerilla" als Schuldige und die "Türkische Republik" als Hauptverantwortliche für die Angriffe auf Sirnak aus. Wer die Flugblätter und in deutscher Sprache publizierten Organe durchblättert stellt fest, daß ein etwas anderes Begriffsspektrum in Bezug auf den türkischen Staat verwendet wird. Wenn wundert dies angesichts der Tatsache, daß die türkische Linke letztlich immer "türkische" Linke blieben, obwohl auch sie auf irgendeine Weise von dem herrschenden System "kolonisiert" wurden. Deutschsprachige Zeitschriften wie bspw. der "Kurdistan-Report" sehen die Türkei als "Kolonialisten", die türkische Nationalismus und Rassismus wird als "Kemalismus" bezeichnet. Die blutigen Ereignisse in den kurdischen Städten und Dörfern werden als "schmutziger Krieg ohne Regeln" kommentiert, und in einer Rede Öcalans im Juli 1988 fällt das entscheidende Stichwort: "Wie man am Beispiel der Kommunistischen Partei der Türkei beobachten kann, kommt dabei eine Politik zustande, die voller Hinterhältigkeit bis zur niederträchtigsten Form der Kapitulation vor dem Faschismus führen kann (...).¹¹ Faschismus, das heißt für die Europavertretung der PKK "das faschistische irakische Regime", die "faschistischen irakischen Armeeeinheiten", das "faschistische türkische Regime" sowie "die faschistischen türkischen Kolonialisten".¹²

Zwei Jahre später steht an ähnlicher Stelle folgender Wortlaut: Der Kampf gegen das faschistische Regime in Kurdistan beeinflusst sowohl die politische und militärische als auch die wirtschaftliche und kulturelle Situation in der Türkei. Seit dem 12. September 1980 befindet sich eine völlig antidemokratische und faschistische, zum großen Teil

⁷ Selbstverwaltung in einem Schwellenland; Fatsa- ein Modell wird angeklagt, o.J. (nach 1983)

⁸ S. Faschismus und die Türkei, Texte aus Devrimci Yol, Hamburg 1980.

⁹ Die Strategie der Revolution in der Türkei, Publikation Nr. 1 der THKP-C/HDÖ, Juli 1981, S. 19.

¹⁰ Vgl. i. Kadınlar Çalışması İçin Yazdar, Oktober. 1992.

¹¹ Die aktuelle Internationale politische Lage und die eventuellen revolutionären Entwicklungen, in: Kurdistan Report Nr. 25/1988, S. 21-28, hier S.25.

¹² Ebd. S. 29-33.

„militärische Regierung in der Türkei an der Macht.“ Und über die türkische Linke in der Türkei heißt es in Bezug auf den kurdischen Befreiungskampf und antifaschistischem Widerstand: „Dieses Regime hat die türkische Linke und revolutionäre Opposition zerschlagen (...). (Die aus) einem großen Teil türkischer linker Strömungen gegründete 'vereinte anti-faschistische Widerstandsfront' - FKBDC (...) hat (...) sich zu keiner starken Kraft entwickelt. Der Grund dafür war, daß der größte Teil der türkischen linken Gruppierungen (...) sich nach Europa zurückzogen und dort ihren Kampf gegen Faschismus aufhörten. (...) Die türkische Linke hat eine sehr negative Vergangenheit (...) Die Ideologien und Programme der türkischen Linken sind voll von Chauvinismus, Nationalismus und Kemalismus.“¹³

Zusammenfassend ist zu sagen, daß in (ausgewählten) kurdischen Publikationen der Faschismusbegriff, das Nichtvorhandensein von Demokratie sowie Militarismus synonym gesetzt werden. Davon wird - als eine ideologische Variante von Besatzung interpretiert - auch die türkische Linke nicht ausgenommen, wenn man von wenigen Ausnahmen absieht.¹⁴ Heute in den letzten Veröffentlichungen aus dem Jahre 1992 ist der Faschismusbegriff noch seltener verwendet worden. Angesichts von nichtendender Folter, öffentlichen Erschießungskommandos und brennenden Dörfern wird man bemüht, sich letztlich selber ein Urteil zu bilden.

Die türkische Linke sowie die kurdische Widerstandsbewegung ist selbstverständlich nicht die einzige Opposition innerhalb der türkischen Republik. Daneben existiert eine Vielzahl anderer, z.B. islamisch-fundamentalistischer Gruppen, die gleichsam die Politik des türkischen Staates auf anderen Ebenen bekämpft. „Keyban“ oder „Islam Çagnsi“ sind islamisch-fundamentalistisch und oppositionellen Zeitschriften, die sehr wohl über die Massaker an der

kurdischen Zivilbevölkerung berichten.¹⁵ Beide Zeitungen kommentieren die Massaker als „Morden am eigenen Volk“, und die betrachten die „laizistische türkische Republik“ als „blutrünstig“ und „nationalistisch“.

TAS

Anzeige

Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:

- um ihre Freiheit durch Vorschriften, Tabus, Schleier und die guten Sitten
- um ihre Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf
- um ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung
- um ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane
- um ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien.

Wir arbeiten dagegen. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft. Postgros Hamburg Kontonummer 75 10 60 - 204 BIZ 200 100 20 Spenden sind steuerlich absetzbar. Nähere Informationen bei:

TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postf. 2531, 7400 Tübingen
Telefon 070 71/ 242 89

Kontaktadresse:

Terre des Femmes e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2531, 7400 Tübingen
Telefon 070 71/ 2 42 89

¹³ Die türkische Linke und der nationale Befreiungskampf, in: Kurdistan-Report Nr. 32/1990, S.25f.

¹⁴ Als Ausnahmen gelten Ismail Besikçi sowie Yalçın Küçük.

¹⁵ Diese Zeitschriften werden im Iran für die dort im Exil lebenden AserbaidschanerInnen gemacht.

"NACH SIRNAK..." - Sax/ Çaglayan, ein verbranntes Dorf

Das Dorf Çaglayan, kurdisch Sax, im Südosten der Türkei ist eine grüne Oase inmitten der rauhen und kargen Berglandschaft. Çaglayan/Sax liegt etwa 30km von Silopi und knapp 100km von Sirnak entfernt. Ausgebrannte und vermutlich zerbombte Tanklastwagen säumen die Hauptstraße von Silopi Richtung Cizre und Sirnak.

Eine Geldwirtschaft gibt es in Çaglayan/Sax fast überhaupt nicht. Die DorfbewohnerInnen leben von ihrer Weintrauben- und Tomatenzucht, deren Erträge sie mit den umliegenden Dörfern oder auf dem Markt in Cizre gegen Weizen eintauschen. Eine Schule existiert seit fünf Jahren nicht mehr, und vor über einem Jahr verschwand auch die Elektrizität wieder aus dem Dorf, für militärische Zwecke. Vereinzelt paddeln Enten in schmalen Bächen, flattern Hühner aufgeregt um die Beine fremder Eindringlinge. Ansonsten gibt es keine Tiere in dem stillen Dorf, weil es seit sechs Jahren verboten ist Tiere auf die Weiden in die Berge zu führen. Deshalb mußten die Tiere gegen geringes Entgelt verkauft werden, und das Dorf verlor mit ihnen einen Teil seines Stolzes und Einkommens.

Doch die träumerische Dorfidylle mit ihren klaren Bächen und saftig grünen Hainen täuscht, wenn man sich bei einem Glas Tee mit den älteren Männern zu einem kleineren Gespräch vor einer der kleinen Moscheen niederläßt und in die mißtrauischen Augen der Jugendlichen des Dorfes blickt. Dabei fallen die Blicke auf die einfachen Häuser, die ähnlich wie in Nusaybin aus einem Lehmgemisch mit trockenen Holzspänen erbaut wurden. Diese Häuser sind zum Teil bis auf die Grundfesten zerstört und kalter, immer noch beißender Rauchgeruch macht sich beim

Näherkommen unangenehm bemerkbar. Bis vor kurzem noch bestand Çagloyan aus etwa 120 dieser Lehmhäuser in denen etwa 1000 Männer, Frauen, Kinder und Greise lebten. Heute dagegen sind nur noch ca. 70 dieser Häuser instand in denen 4000 Familienmitglieder leben. Die anderen flohen zu Verwandten in das ungefähr 50km entfernte Cizre oder anderswo hin.

Ein Mann von nahezu 50 Jahren, der seinen Namen nicht nennen will, sagt: "Sie, die Soldaten kamen vor 11 Tagen zwischen sieben und acht Uhr des Morgens. Sie trieben die DorfbewohnerInnen auf den Wiesenplatz inmitten des Dorfes und dann steckten sie die Häuser an."

Der 2. September wurde für sie alle zu einem schwarzen Schreckenstag. Die Soldaten sollen nur eine Stunde in dem Dorf gewesen sein, eine Frau soll gesehen haben, wie sie eine Flüssigkeit in die Häuser gossen und sie dann anzündeten. Der Mann von Selime Özdemir, Seyftin Özdemir, berichtet: "Ich war nicht hier, als sie die Häuser anzündeten, aber meine Frau Selime. Als sie die aufflammenden Häuser sah, floh sie von der Dorfmitte zu unserem Haus. Dabei verbrannte sie sich und mußte ins Krankenhaus nach Cizre gebracht werden. Jetzt lebt sie in Cizre." Das Feuer brannte Tage lang. Einem anderen Mann fällt ein: "Die Soldaten riefen 'Euer Dorf ist ein Paradies, aber wir werden es verbrennen, wie Sirnak!'"

Auch andere Kommentare werden laut: "Saddam machte es auf direkteren Weg" rufen sie, "aber hier Schritt für Schritt". Der Dorfälteste "muhtor" fällt dazwischen: "Nach Newroz kamen die Soldaten immer wieder. Sie sprachen mit den ältesten Männern unseres Dorfes und mit ihnen gemeinsam durchsuchten sie unsere Häuser nach Waffen."

Warum aber war diese Razzia anders, als die, die das Dorf in letzter Zeit erlebt? Der "muhtor" murmelt "Nach Sirnak...", dann schweigt er.

Schon im Frühjahr 1991 war das Dorf einem massiven Militäreinsatz ausgesetzt gewesen, bei den Häuser in Flammen aufgingen. Die Ruinen stehen heute immer noch und sie unterscheiden sich von den neuen dadurch, daß ihre Brandstellen mit der Zeit durch Witterung reingewaschen sind. Aufgrund des verbliebenen Grundfesten kann man deutlich sehen, daß sich eine Familie ein Haus mit ca. sechs Zimmern teilen muß; nebenan schlossen sich Ställe für die ehemalige Viehzucht an.

Mittlerweile konnten die BewohnerInnen von Çaglayan/ Sax von den Erträgen ihrer ca. 500 Felder leben, jedoch meinte ein alter Mann: "Im Winter werden die meisten nicht mehr hier sein. Der Rest der DorfbewohnerInnen ist nur der Früchte wegen hier geblieben, denn bald ist Erntezeit."

Bei dieser schweren Arbeit sind die wenigen verbliebenen Familien auf sich alleingestellt, denn

die Zufahrtsstraßen in die Berge nach Sax gelten als vermint, und kaum einer traut sich noch zurück in sein Dorf. Diejenigen, die es trotzdem wagen, teilen sich mit einem Nachbardorf ein Auto, das sowohl als Obst- als auch Krankentransporter ins nahegelegene Silopi oder Cizre benutzt wird.

Doch auch andere Soldaten als das türkische Militär zogen schon einmal in das Dorf ein. Der Älteste im Dorf weiß noch: "Es war vor etwa fünf Jahren. Die PKK kam in unser Dorf, und sie nahm den damaligen "muhtar" und drei weitere Männer mit sich. Dann zerstörten Sie unsere Grundschule. Wir haben damals das Militär zu Hilfe gerufen, eine Station lag ganz in der Nähe unseres Dorfes, aber es kam nicht." Die Reste der Grundschule stehen noch immer. Selbst an dem Dachsimis prangt noch in übergroßen Lettern der Ausspruch Kemal Atatürks, dem Begründer "der unteilbaren Nation": "Ne muttu Türküm diyene" (was ist es ein Glück zu sagen ich bin ein Türke). Noch inmitten der verbrannten Häuser wirkt dieser provokative Spruch wie ein Hohn. Jetzt sind die Seitenwände der ehemaligen Schule mit "PKK"- und "APO"-Graffiti wie von Kinderhänden bemalt. "Bei der Razzia am 2. September", redet der Dorfälteste weiter, "kam das Militär. Es behauptete: 'Ihr versorgt die PKK mit Nahrungsmitteln!' Und dann fragten die Soldaten: 'Welche Häuser sind es?' Der Befragte gab keine Antwort, und daraufhin schrie der Offizier: 'Du weißt es nicht?' und gab ihm zwei Ohrfeigen."

Wie die PKK vor fünf Jahren ins Dorf kam, ist niemandem klar, aber: "Der ehemalige 'muhtar' ist zu den Dorfschützern gegangen", so wußte man, und "als die PKK 1987 ins Dorf kam, nahm Sie den "muhtar", zwei seiner Brüder sowie einen Jungen mit. Die wurde dann getötet." Seit dem bleiben die Kinder von Çaglayan/ Sax während des Sommers im Dorf und lernen dort. Im Winter dagegen sind sie in der Schule im nahegelegenen Silopi.

Immer mehr Männer des Dorfes finden sich ein und sitzen oder stehen bei der Moschee. Es gibt zwei Moscheen in Çaglayan/ Sax, und durch die nahegelegenen Bergen verschluckt erscheinen die zum Gebet rufenden Stimmen wie von weither. Ein anderer alter Mann unterbricht den Sprecher des Dorfes: "Hier wurden auch sechs Soldaten des Militärs getötet", sagt er der Vollständigkeit halber und nicht ohne Stolz. Doch der neue "muhtar" fährt ihm dazwischen, und so bleibt diese Geschichte ohne Ende und uns noch ein Blick auf die Kinder und Jugendlichen von Çaglayan/ Sax übrig, die auf ihren zerschissenen Hemden Abzeichen mit "APO", den kurdischen Nationalfarben rot-gelb-grün und "PKK" tragen. Die Augen der sechzehn- bis zwanzigjährigen blicken teils immer noch mißtrauisch bis mürrisch, wenn die Ältesten reden. Die Jungen sagen überhaupt nichts, nur die kleineren zeigen schüchtern ihre Abzeichen und rufen einem hinterher "Polis, Polis!". Cemil ist 14 Jahre alt, so sagt er, aber er sieht aus wie zehn. Er war dabei, als der Mann, der ungenannt

bleiben will, sein Haus von innen zeigt und frisch gebackenes Brot mit Eiern, Tomaten und Tauben serviert. Jeder der in Freundschaft und Friedlichkeit kommt, sitzt nicht lange mit knurrendem Magen. "Die Soldaten verbrannten nicht mein Haus", zeigt er, "aber sie zerstörten die gesamte Inneneinrichtung." Die Scheiben des Hauses sind überall zerbrochen, auch die Glaskommode in der Ecke des Raumes ist eingeschlagen, an der Wand hängt in der Gebetsecke ein sinnlos aus den Angeln gehobener Schirm.

Beim Treffpunkt an einer der Moscheen entsteht eine Diskussion. "Der Staat bekommt die Guerilla nicht in den Griff, deshalb sind wir jetzt dran", sagt eine Männerstimme, und eine andere fügt hinzu: "Die Regierung sagt, daß sie mit ihren Helikoptern die Cudi-Berge bombardieren. Dabei kommen sie aber zu uns, um uns zu zerstören."

Die Haltung der Jugendlichen bleibt weiterhin verschlossen-entweder aus Mißtrauen oder Angst. Viele BerichterstatteInnen haben schon Namen in die falschen Hände kommen lassen, Notizen verloren oder gewaltsam Ton- und Bildaufnahmen den türkischen Sicherheitskräften aushändigen müssen.

Derweil erzählen die Ältesten und diskutieren, aber sie sagen aus Selbstschutz auch nicht alles. Über zwanzig mutwillig verbrannte Häuser sind die Bilanz des 2. September 1992, dafür, daß sie nicht länger gewillt sind die ständigen Ausnahme Gesetze des türkischen Staates hinzunehmen.

TAS

Multikultur und/ oder Internationalismus, Teil 2: Multikultur in europäischen Nachbarländern

Im ersten Teil dieser Arbeit, der multikulturelle Ideologien in der Bundesrepublik diskutierte, wurde nur kurz auf europäische Nachbarländer verwiesen, die schon seit den 70er und 80er Jahren versuchten, Konflikte zwischen EuropäerInnen und NichteuropäerInnen auf den Common-sense "ethnische Kulturkonflikte" zu reduzieren. So gibt es bspw. in Großbritannien schon seit über zwanzig Jahren eine staatliche Politik der "race relations", die es mit einer Vielzahl von Programmen, Geld und sozialarbeiterischem Einsatz nicht vermochte, die rassistisch und hysterisch geschürten "race riots" der 70er und 80er Jahre zu verhindern. Ziel war es, Rebellionen eines diskriminierten "Klientels" im Keime zu ersticken, und es zeigte sich auch hier daß es in Großbritannien auch von Schwarzen geführte unabhängige Forschungs- und Antirassismuszentren. In einem dieser, bspw. dem Centre for Contemporary Cultural Studies, war der in Jamaica geborene Stuart Hall bis Ende der 70er Jahre Direktor; er lehrt jetzt an der "Open University". Seine Studien und Veröffentlichungen - ähnlich die der von Robert Miles aus Glasgow - orientieren sich in ihrer Kritik an dem Rassismus des Landes, in dem sie sich aufhalten.

Um die Fehler, die derzeit in der Bundesrepublik bei vollstem Bewußtsein gemacht werden, aufzuzeigen, bieten sich die Beispielländer Schweden und Niederlande an. Schweden als

auch die Niederlande probieren schon seit den 70er Jahren multikulturell und integrationistisch angelegte Konzeptionen an Minderheiten aus. Darüberhinaus waren die Niederlande mit EinwanderInnen aus den ehemaligen Kolonien konfrontiert, die nach dem Zweiten Weltkrieg vermehrt kamen. Bei Kenntnis der in Schweden und den Niederlanden durchgeführten Multikulturprojekte ließe sich so mancher - zumindest rassistische - Fehler vieler Hilfsprofis vermeiden. Aber auch das ist eine Kehrseite des paternalistischen Multikulturismus: Seine blauäugigen VertreterInnen wollen nicht ernstnehmen, was sein "Klientel" schon längst zu spüren bekam. Multikulturismus in Deutschland hat immer auch eine besondere Note: er ist und bleibt immer deutsch und eine Sprache von Deutschen. Sogar über den eigenen Tellerrand hin zu den europäischen Soziokulturkollegen zu gucken paßt nicht in das deutsche Multikulturprogrammzeitalter. Trotz eines vereinten Europas und der Öffnung ausgesuchter Grenzen hat die eigene (Un)Kultur nichts von ihrer Engstirnigkeit verloren.

Multikulturismus und Krisenintervention in Schweden.

In Schweden leben hauptsächlich MigrantInnen aus Kroatien, Griechenland, Syrien, Kurdistan, Finnland sowie der Türkei. Multikultur dort ist ein elementarer Teil der Volksbewegungen (folk-movement), die von einem großen Teil der

Gewerkschaftsbewegungen getragen wird.

In den 70er Jahren wurde "Multikultur" staatlich gefördert, jedoch ihre Programme, die auf Integrationspolitik angelegt waren, wurden mehr oder minder der gesellschaftlichen Wirklichkeit nur übergestülpt. Die schwedischen Volksbewegungen sind stark institutionalisierte soziale Bewegungen, die sich in enger Beziehung zu der staatsragenden Elite entwickeln. Sie tragen den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat und sorgten auch für den Einbau des Multikulturismus in den Strategien in die Praxis staatlicher Institutionen integrierte.

Man muß wissen, daß in Schweden das soziale Netz sehr geschickt mit marktwirtschaftlichen Strukturen verbunden ist. Dadurch sind Klassenkonflikte durch Institutionalisierung gezähmt worden. Innerhalb eines dieser Netzwerke ist das Leben der MigrantInnen organisiert. Ihre Vereine und Organisationen erhalten Gelder vom Staat und dienen auch als AnsprechpartnerInnen, wenn es um sogen. "ethnische Fragestellungen" geht. Darüberhinaus sind die jeweiligen ethnischen Minderheiten noch in andere Institutionen und Organisationen eingegliedert. Carl-Ulrik Schierup - selbst korporatives Mitglied der Universität in Umea - kommt deshalb zu dem Schluß, daß Minderheiten in Schweden regelrecht "politisch sozialisiert" werden und deren EinwanderInnenorganisationen nirgendwo "so von oben

überwacht wie hier".¹⁵ Das führte soweit, daß man sogar von einer Art "kulturellem Kindergarten" sprechen kann, in dem die Spielregeln schwedisch-politischer Kultur erlernt werden konnten, um richtig "schwedisch zu werden".¹⁶

Um die Abhängigkeit und Überwachung durch die Staatsbürokratie zu verdeutlichen, mag der Hinweis genügen, daß das staatliche EinwanderInnenbüro SIA (State Immigrant Agency) in fortwährender Verbindung mit den einzelnen Flüchtlingsorganisationen steht, die auch die finanzielle Kontrolle über deren Aktivitäten ausübt - Gelder, die vom Staat erhalten werden.

Nach Schierup hat die staatlich vermittelte Politik des Multikulturismus in Schweden zu einem "dualen Ansatz" geführt. Auf der einen Seite führte dies zu einer "Politik der Standardisierung und Assimilation". Das bedeutet, daß die Kultur und Politik der MigrantInnen der schwedischen Lebensweise entsprechend angepaßt und damit öffentlich konsumierbar gemacht wurde. Andererseits fand eine "Politik der Ethnisierung" bzw. ein "ethnischer Absolutismus" statt: Die jeweiligen ethnischen Gruppierungen werden als kulturell "einzigartig" definiert und je für sich, getrennt von den anderen, in überschaubare Einheiten organisiert.¹⁷ Das hat zur Folge:

>gemeinsame Interessen werden zugunsten ethnisch-kultureller Trennungslinien blockiert

>daß einem "Ethnischen" übergreifende Organisationsformen werden verhindert

>politische Autonomie wird verweigert.

In Schweden gibt es neuerdings auch einen staatlicherseits garantierten "Anti-Rassismus". Eine "antirassistische Kommission" überwacht spontan entstandene antirassistische Bewegungen, unterstützt sie finanziell und garantiert MigrantInnen auf amtlichen Wege, ihre "traditionelle Kultur" auf kontrollierte Art und Weise entfalten zu können.

Daneben werden Rassismus und Diskriminierung aber nicht auf gesellschaftliche Machtverhältnisse bezogen, sondern sie er-

zweimal häufiger arbeitslos als SchwedInnen. Trotz kommunaler Wahlmöglichkeiten für nichtschwedische Frauen und Männer, besitzen diese kaum die Möglichkeiten, auf einen sicheren Listenplatz zu kommen; deshalb geht die Wahlbeteiligung von MigrantInnen auch stetig zurück. MigrantInnen wohnen ähnlich wie in Holland in öden und gefährlichen Satellitenstädten, und Yonas Endrias berichtet: "In Schweden werden Flüchtlingswohnungen angesteckt, wie es in Deutschland Mode geworden ist."¹⁸

Selbstverständlich gibt es in Schweden auch einige MigrantInnen von höhergestellten Positionen, jedoch ist davon auszu-

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.

Kortumstr.5 4630 Bochum 1Tel.:0234 -12051/ 52 Fax:0234-64480

scheinen durch "Information" gehen, daß sie den Konflikt zu oder ein bloßes Gespräch behebbar. Obwohl der schwedische Staat im Gegensatz zu anderen Ländern Europas wenigstens ein Minimum an materiellen und sozialen Existenzmöglichkeiten garantiert, sind MigrantInnen ihren Landsleuten, zur Basis verloren haben. Auch die Mitgliedschaft in den eigenen Verbänden stagniert. Carl-Ulrik Schierup ist deshalb zu dem Schluß gelangt, daß sich das staatlicherseits geförderte schwedische

¹⁵ Carl-Ulrik Schierup, Konstruktion des schwedischen Multikulturismus, in: Rassismus und Migration in Europa, Hamburg 1992, S.165 und 166.

¹⁶ Vgl. ebd. S.170

¹⁷ Vgl. ebd. S.167

¹⁸ Kanonenfutter, Interview mit Yonas Endrias, Mitarbeiter vom Immigrantentpolitischen Forum, tip, Nachdruck in Ruhrgebietsinfo Nr. 18, Nov. 1992, S.35

Multikulturmodell in einer "Krise" befindet. Von dem unterschwelligen Rassismus, der solchen Konzepten wie zu einer zweiten Natur geworden ist, seinem Paternalismus und Auslegeprinzip her, darf man aber wohl zynisch davon sprechen, daß es im Gegenteil recht erfolgreich war, denn es verhinderte nicht, daß auch in Schweden Flüchtlinge um ihr Leben fürchten müssen.

Statt eines Schlußworts: Multikultureller Rassismus und Sexismus in den Niederlanden

Philomena Essed - Dozentin am Amsterdamer Institut für Entwicklungsforschung - machte in ihren Arbeiten deutlich, inwieweit kultureller Pluralismus die ethnische Ungleichheit sogar noch verstärkt, wenn er in einer sowohl rassistischen als auch kapitalistischen Gesellschaft propagiert und angewandt wird. Als die Niederländer zu Beginn der 80er Jahre ihre "Multi-Kulti-Industrie" aufbauten, schlugen auch sie die Mahnungen antirassistischer ForscherInnen in den Wind, die mit ihren Erfahrungen

in Großbritannien um 10 Jahre voraus waren.

Ein bindendes Element des Multikulturismus ist der Toleranzappell, der jedoch zwei Seiten besitzt. Der Appell an Toleranz, der im Grunde an die Beherrschenden sowie Beherrschten ergeht, setzt eine Gleichheit voraus, die einfach nicht besteht. Zusätzlich wird vorausgesetzt, daß die Beherrschten an den "guten Willen" der herrschenden Gruppe glauben müssen - aber wie könnten sie, wenn der Toleranzbegriff eurozentrisch ausgelegt wird, wenn Toleranz in der Realität nur für die wenigen Weißen gilt, die zu 86% eine Arbeitsstelle besitzen gegenüber den 45% arbeitslosen MigrantInnen, wenn Schwarze selten als MieterInnen akzeptiert werden, wenn sie ständig hören müssen, "wie gut es doch in den Niederlanden sei". Solche Herrschaftsbeziehungen sind in der Realität nicht wegzuleugnen, und deshalb gilt unter diesen Bedingungen der Toleranzappell als "eine Form der Kontrolle", sowie bloße "Fassade".¹⁹

In den Niederlanden gab es zwei Phasen von Einwanderungen: Zum einen kamen Frauen und Männer aus den ehemaligen Kolonien (Euro-IndonesierInnen, SurinamesInnen und den Antillen), zum anderen ArbeitsmigrantInnen aus dem Süden (Türkei, MarrokanerInnen). Im Umgang mit Menschen nichtniederländischer Herkunft (wobei mit der Besetzung der Kolonien auch dieser Begriff nicht glücklich ist) wurde in den Niederlanden vier unterschiedliche Modelle erprobt:

Anzeige



Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

¹⁹ Philomena Essed, Multikulturismus und kulturelle Rassismus in den Niederlanden, in: Rassismus und Migration in Europa, S 381 f u. 385ff.

> eine Laissez-faire-Politik wurde gegenüber den Arbeitskräften angewandt, die in den 60er und 70er Jahren aus Südeuropa und Nordafrika kamen. Diese Arbeitskräfte wurden mißhandelt, ausgebeutet und besaßen keine Rechte. Als Legitimation diente, daß die ArbeiterInnen ja nicht immer dableiben.

> als die Frauen und Männer in den 50-70er Jahren aus den ehemaligen Kolonien kamen, versuchten die niederländischen Behörden eine Assimilationspolitik. MigrantInnen wurden nicht zur Beibehaltung ihrer eignen Wertsysteme ermutigt.

> in den 70er Jahren änderte sich der Einwanderungsdiskurs hin zu Integrationspolitik, die sich jedoch in nichts von der Assimilationspolitik unterschied. Die Idee der kulturellen Überlegenheit Weißer wirkte nur verdeckter.

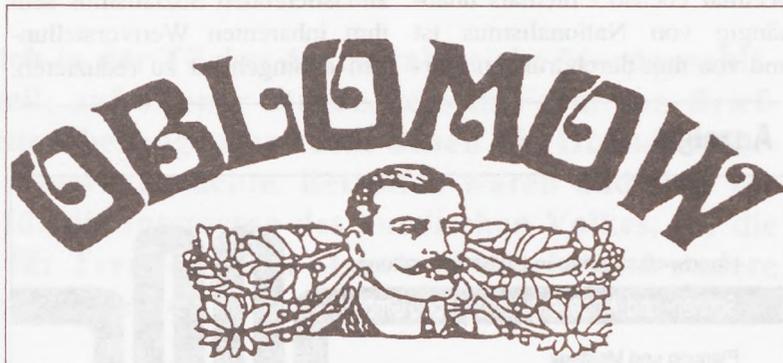
> Erst zu Beginn der 80er Jahre wurde das integrationspolitische Modell zu einer Multikulturalismuspolitik fortentwickelt, die alle Elemente der drei vorangegangenen Modelle enthält.

Zusätzlich dazu, daß Multikulturalismus ausschließlich eurozentrisch bzw. an Werten von Weißen ethnozentrisch orientiert ist - "für den Eurozentrismus repräsentieren die in Europa entwickelten Elemente der Demokratie, kapitalistischen Wirtschaft, Gesetzgebung und Technologie die besten Modelle gesellschaftlichen Fortschritts",²⁰ wie Philomena Essed beschreibt - funktioniert er mit ebengleicher

Struktur sexistisch. "Auf der Straße werden schwarze Frauen oft für Prostituierte gehalten", schreibt Essed, und "rassistischer

Sowohl die rassistischen als auch sexistischen Strukturen des in einem rassistischen, sexistischen und kapitalistischen Kon-

Anzeige



Kurt-Schumacher-Platz 1a / Eingang Hellweg
0234/ 12967

TÄGLICH GEÖFFNET AB 18.00 UHR

Konstruktion des sozialen Geschlechts dienen zur Rechtfertigung polizeilicher Übergriffe gegen schwarze Männer und der sexuellen Belästigung gegen farbige Frauen"²¹

text angewandten Multikulturalismus führen dazu, daß Ethnizität zu einem Handelsobjekt wird (Arbeit, Wohnen, Werbung, Frauen)

Perspektiven

Weitaus subtiler funktionieren die Kopplung von Rassismus und Sexismus als Interaktionsmittel, wenn niederländische Feministen generalisieren, daß die Familie per se ein Hort der Unterdrückung von Mädchen und Frauen ist. Philomena Essed ist dagegen der Ansicht, daß für schwarze Töchter die Familie auch der Ort ist, "an dem die unterdrückte Kultur neu entsteht, und wo man Schutz sucht vor den rassistischen Kräften der Gesellschaft."²²

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die derzeit propagierte "Multikultur" vor dem Hintergrund seiner institutionellen Vernetzungen eine erzwungene Identifikation für ethnische Minderheiten sowie (Arbeits)MigrantInnen an aller Orten bestrebt. Diese erzwungene Identifikation ist so angelegt, viele Identifikationen zu reduzieren.²³ Gerade das schwedische Modell-Beispiel zeigte deutlich, wie versucht wird, Klassenkämpfe zu integrieren und der Staat sowohl national als auch

²⁰ A.a.O., S.379.

²¹ S. 384

²² S.383; s.z. Diskussion um den Rassismus in der Frauenbewegung auch die Vorwürfe an Michelle Barret/Mary McIntosh (Selbstkritik "Ethnozentrismus im sozialistischen Feminismus", in: Das Argument 163/1987, S. 347-363) sowie die Kritischen Schriften von Gloria Joseph (Das disharmonische Dreiecksverhältnis: Marxismus, Feminismus und Rassismus, in: Frauen und Revolution, hg. v. Lydia Sargent, Berlin 1983, S.145-164) sowie Angela Davis (Rassismus und Sexismus, Berlin 1982).

²³ Vgl. a. Etienne Balibar, die uneindeutigen Identitäten, in: kulturRevolution Nr. 27, Aug., 1992, S.75.

sozial agiert. Daß so ein Konzept bei der schwedischen Gewerkschaftswerkung gelang, macht deutlich, daß ein Klassenbewußtsein in den derzeitigen Verhältnissen - und im deutschen Weimar ebenso - niemals unabhängig von Nationalismus ist und von ihm durchdrungen wur-

Solche Analysen lassen an herkömmliche sozialistische Perspektiven zweifeln sollten jedoch nicht dazu führen, mitsamt des berechtigten Zerfalls des realexistierenden Sozialismus sein ihm inhärenten Wertvorstellungen dahingehend zu reduzieren,

Argumente legen nahe, daß die Dekonstruktion (Abbau) rassistischer Strukturen notwendige Vorbedingung für die Rekonstruktion (Wiederaufbau) einer vom Eurozentrismus befreiten Gesellschaft ist".²⁶

Diese Notwendigkeit, ständig nach Möglichkeiten zu suchen und sich für Veränderungen offen zu zeigen, drückt sich auch in den Worten Balibers aus, die ich als längeres Zitat an den Abschluß sowie Diskussion stellen möchte:

"Offenbar sind wir seit einigen Jahren auf der Suche nach Wegen zu einem postnationalen Internationalismus und politischen Universalismus zwischen Pazifismus, Antirassismus und Ökologie (wobei eine entsprechende Ökologie sich nicht bloß um die 'Natur', sondern auch um die Ökonomie und die Machtverhältnisse kümmern müßte). Ein solcher Internationalismus wäre allerdings nicht unmittelbar auf eine 'Klassenbasis', die seinen Identität auf mythische und messianische Weise zum Ausdruck bringen möchte, zu begründen. Selbst wenn er den Inhalt von Klasse und Klassenkampf bewahren würde, müßte seine Form autonom werden und deshalb eine politische Identität finden, deren Name nach erfunden werden muß."²⁷

Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
 umweltfreundlicher Energiesysteme
 Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

Für Warmwasser
 und Stomerzeugung

z.B. Solaranlagen

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

de, obwohl es sich immer als Alternative zu ihm verstand. Etienne Balibar spricht sogar davon, daß "das Klassenbewußtsein aber selbst ebenfalls von einem identitären Gefühl durchdrungen (ist), das formal dem Rassismus nahesteht: dem Faschismus und den Riten der Klassenherkunft. Das erklärt seine Verwundbarkeit durch Xenophobie (Angst vor Fremden) und durch das Thema der "ausländischen Bedrohung" (die beide von den herrschenden Klassen ausgenutzt werden).²⁴

daß das "Schnee von gestern war". Auch wenn Balibar zu der Ansicht gelangt ist, daß, zumindest der althergebrachte und reduziert verstandene "Arbeiter-Internationalismus (ganz sicher) heute zu ende " ist, "und zwar sowohl qua Internationalismus eines Staates wie selbst einer Partei",²⁵ geht es darum, als autonome SozialistInnen offen zu bleiben und nach besseren Wegen von Durchsetzbarkeit Ausschau zu halten, oder wie Philomena Essed es etwas akademischer ausdrückt: "Diese

24

A.a.O. S.77

25

S.77f.

26

Essed, Multikulturalismus und kultureller Rassismus, S. 375.

27

Balibar, Die uneindeutigen Identitäten, S.78.

HIZBULLAH, TEIL II

Dies ist die Fortsetzung des Interviews der Zeitschrift GERCEK mit der Hizbullah.

Diese Organisation hat sich in der Türkei durch zahlreiche Mordanschläge "hervorgetan", die teils auf offener Straße, teils in Form von Briefbomben an Persönlichkeiten begangen wurden, denen die Hizbullah Beleidigung des Islam zum Vorwurf machte. Betroffen waren und sind vor allem Personen, die sich für die Interessen des kurdischen Volkes, für die Emanzipation der Frau, für Trennung von Staat und Kirche und andere fortschrittliche Ziele eingesetzt hatten.

Personen, deren "Waffe" das Wort ist, sind bisher bevorzugte Mordopfer der Klerikalfaschisten. Zum Teil handelt es sich dabei um Personen, deren Beseitigung dem türkischen Regime durchaus nicht unangelegen kommt, in anderen Fällen dagegen bringt das "Wirken" der Hizbullah aber auch diejenigen, die den türkischen Staat repräsentieren, in unangenehme Situationen.

Jedenfalls unternehmen die Staatsorgane bisher so gut wie nichts, um diese Morde aufzuklären und die Täter dingfest zu machen. Gerade das Gegenteil ist häufig der Fall gewesen.

Eine erhebliche Unruhe im In- und Ausland hat allerdings der Ende Januar begangene Mord an dem Journalisten Ugur Muncu, Redakteur der angesehenen linksliberalen Zeitung CUMHURİYET (etwa der FRANKFURTER RUNDSCHAU vergleichbar) ausgelöst. Es war der 14. Mord an einem Journalisten innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr.

Selbst die FRANKFURTER ALLGEMEINE äußerte nunmehr in einem Artikel "Journalismus im Fadenkreuz" Besorgnis über diese Praxis in der Türkei und deutete verhalten eventuelle Konsequenzen für die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei an.

Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL allerdings sieht nach wie vor keinen Bedarf, seine LeserInnenschaft zu diesem Thema zu informieren (zumindest nicht bis Ende Februar). Seit den in diesem Blatt erschienenen Fehlinformationen, z.B. der groben Verharmlosung dessen, was in

Sirnak geschah oder den Zeitungs"enten" des Barsanibusenfreundes und Grünen Landtagsabgeordneten von NRW Sigfried Martsch im Herbst 1992 (z.B. der groben Fehlinformationen, wonach - laut "Einschätzung" des Peschmergaführers Necervan Barsani - die PKK gerade mal über 3000 Mann verfüge), hat DER SPIEGEL das Thema Türkei gemieden. In der Türkei selbst gingen trotz Demonstrationsverbotes am Tag nach der Ermordung von Ugur Muncu gut eine Million Menschen auf die Straße. Einen Tag später legten die Arbeiterinnen und Arbeiter in zahlreichen Betrieben die Arbeit nieder.

Der türkische Staat präsentierte in diesem Fall schnell eine Gruppe, die er für die Tat verantwortlich machte: Eine Islamische Bewegung (Islami Hareket), die eng mit der Republik Iran zusammenarbeiten soll. Dieser Gruppe werden nunmehr auch eine Reihe weiterer Morde zur Last gelegt, unter anderem der Mord an der Rechtsprofessorin Bahriye Üçok, ehemals Parlamentsabgeordnete und Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP), die umgebracht zu haben allerdings in dem anschließend fortgesetzten Interview die Hizbullah für sich selbst in Anspruch nimmt. Die Hizbullah sieht sich seitens der revolutionären Kräfte in der Türkei vor allem mit dem Vorwurf konfrontiert, der Konterguerilla einen Teil ihrer schmutzigen Arbeit abzunehmen und mit ihr unter einer Decke zu stecken.

Sind Sie für einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat?

"Selbstverständlich. Unser erster Gegner ist die Republik Türkei. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die Islamische Bewegung auf drei Grundprinzipien basiert: erstens Übermittlung, zweitens Verbreitung, drittens Cihat (=Dschihad: heiliger Krieg gegen die Feinde des Glaubens)*.

Wir stehen noch am Anfang unserer Bewegung und möchten nicht die gleichen Fehler machen wie die Linken. (...) Solange dieser Staat existiert, wird unser Kampf weitergehen. Egal, in welchem Maß dieser Staat islamische Gesetze anwendet, er bleibt unser Feind. Wir werden erst dann aufhören zu kämpfen, wenn unser Glaube an der Macht ist. Die Republik Türkei ist ein Gefängnis für uns. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß wir uns (im Unterschied zu Angehörigen linker Gruppierungen)* frei bewegen können. (...) Auf jeden Fall befinden wir uns in einem Krieg, und der wird

weitergehen, bis wir die Mauern dieses Gefängnisses eingerissen haben.

Wir machen Aktionen, die wir noch nicht verallgemeinert haben. Wir rechnen mit denen ab, die unseren Glauben herabwürdigen. Aber unser Hauptziel ist der allgemeine Aufstand. Wir müssen uns auf den allgemeinen Aufstand vorbereiten, wir können nicht anders. Wenn es für uns unerträglich wird, werden wir vernichtend zuschlagen. Aber das bedarf verschiedener Phasen."

Kommen wir zu der Frage PKK und Kurdistan zurück. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, führen Sie einen Krieg, den Sie nicht gewollt haben. Und es gibt keine andere Lösung. Ist das so?

"Außer dem Krieg gibt es keine andere Lösung. Unser Wille ist, ihn zu beenden. Wir bemühen uns darum. Dieser Krieg bringt beiden Seiten keine Vorteile. Aber die PKK begreift das nicht. Die PKK ist eine Kraft

gegen den Staat. Wir haben einige Sorgen."

Was sind das für Sorgen?

"Sehen Sie: Wir verfügen über zahlreiche Informationen. Diese Informationen zeigen, daß es zwischen uns und der PKK große Unterschiede gibt. Über die Kader der PKK und anderer linker Gruppen dringen Personen des Geheimdienstes des Staates in die Organisationen ein. Wir dagegen haben andere Maßstäbe für die Gewinnung neuer Anhänger. Wir sind da aufmerksamer. (...)

Bei den Linken reicht es aus, militant zu sein und agitatorisch zu reden. Keine Zugeständnisse zu machen und rücksichtslos vorzugehen, sind Eigenschaften der Linken. Bei uns reicht das aber nicht aus. Für uns ist das Verhalten gegenüber den kirchlichen Pflichten wichtig. Die Ergebenheit gegenüber Gott, das Gebet, der Verzicht auf materielle Dinge, die Bereitschaft, sein Leben zu opfern, Kampfbewußtsein, Verhalten auch im Privatleben sind für uns entscheidend. Das sind unsere Maßstäbe."

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN •
- KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Nachdem Sie angefangen haben, gegen die PKK zu kämpfen, wurde behauptet, daß der Staat die Hizbullah unterstützt.

Und die Hizbullah wurde als Hizbi-Kontra bezeichnet.

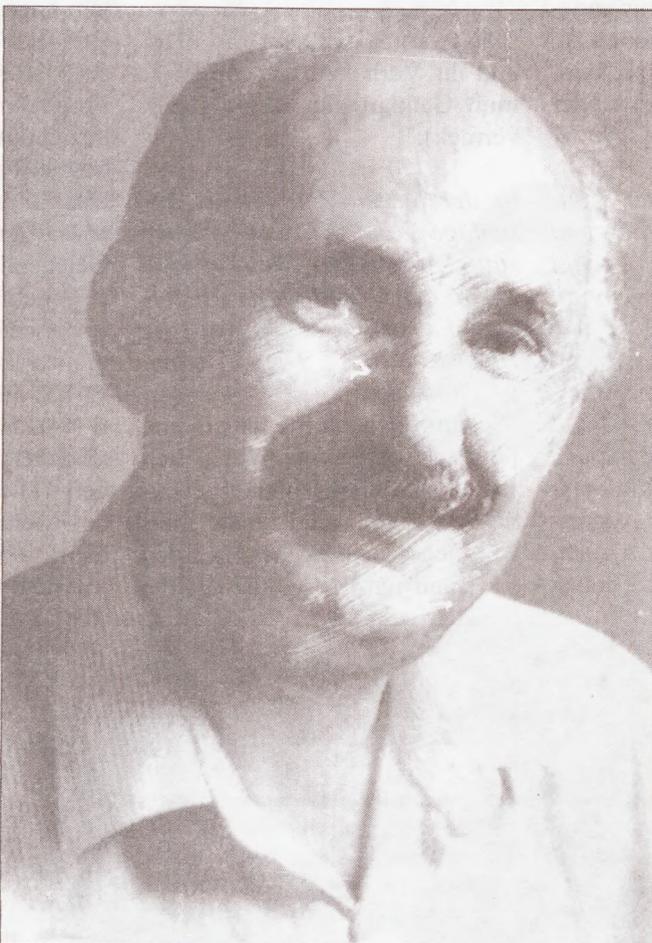
Was sagen Sie dazu?

"Wie kann man jemandem einen Vorwurf machen, den man überhaupt nicht kennt? Es kann sein, daß sie bis jetzt die Moslems nicht kennen. Diesen Punkt wollen sie nicht berücksichtigen. Wenn wir über jemanden etwas behaupten,

reden wir, wenn es möglich ist, vorher mit ihm. Das müssen wir machen. Sehen Sie: Sie haben gesagt, daß Sie nicht wußten, daß die Moslems den Kampf gegen den Staat führen, in Wirklichkeit weiß auch der Staat nichts davon. (...) Auf der

unteren Basis des Staates gibt es zahlreiche moslemische Angestellte. (...) Die Hizbullah hat Kontakt zu diesen Leuten. Das heißt: Es gibt zahlreiche nicht organisierte Moslems, die in verschiedenen Ämtern arbeiten. Sie haben vor uns Respekt. Aber in der Armee ist das anders. Bei der Polizei ist es wiederum anders. Das Militär hat für Moslems eine andere Bedeutung. Die Militärs bilden für die Herrschenden einen Schutz. Wir sind durch die Hizbi-Kontra-Geschichte sehr beunruhigt. Sie (=die Staatsorgane)* machen einige Aktionen ganz gezielt. So kommen sie (= die Polizei)* mitten in die Stadt, riegnen alles ab und durchsuchen die Leute, stoßen dabei auch auf einige Moslems, durchsuchen sie, finden Waffen bei ihnen, geben sie ihnen aber wieder zurück. Bei der Kontrolle sagen sie (zu einem Geistlichen)*: 'Gehen Sie durch, Hoca efendi (=Hochwürden)*!' (D.h., bei Geistlichen wird bei Massendurchsuchungen auf der Straße von einer Leibesvisitation in der Regel Abstand genommen, weil die Polizisten vor ihnen Respekt haben.)* Wenn so etwas bei Ihnen gemacht würde, hieße das dann schon, daß Sie zur Kontra-

Guerilla gehören? Wenn man Sie gegen Ihren Willen verhaftet und Sie dann wieder freiläßt, darf man dann zu Ihnen kein Vertrauen mehr haben? So etwas macht das Regime doch mit Absicht!"



Was für ein Interesse könnte der Staat an so etwas haben ?

"Sehen Sie: Die Auseinandersetzung zwischen PKK und Hizbullah hat angefangen; beide Seiten bekämpfen einander. Die PKK weiß, daß die Hizbullah durch Erschießungen nicht vernichtet werden kann. Aber die PKK muß das (d.h die von ihr vorgenommenen Erschießungen von Mitgliedern der Hizbullah)* auch ihren eigenen Anhängern und dem Volk erklären. Was also sagt sie: 'Die Hizbullah wird vom Staat unterstützt.' Aber wer kann das nachvollziehen?

Natürlich muß der Staat sich so verhalten, daß er die Hizbullah unterstützt. Und der Staat verhält sich so, daß er uns unterstützt. Also, auf diese Weise bestärken sich die PKK und der Staat gegenseitig (bei Entwerfen eines nach der Auffassung des

Vertreters der Hizbullah unzutreffenden Bildes über seine Organisation)*. Und die PKK gibt das als Begründung an und ermordet die Moslems. So bekämpfen wir uns gegenseitig."

Unternimmt der Staat denn etwas gegen die Hizbullah?

"Als wir den Kampf gegen die PKK aufgenommen haben, haben die Sicherheitskräfte einen Moslem getötet und einen geschnappt. Oder es wurden Leute in Istanbul verhaftet, die für die Aktion gegen die Synagoge und das Werfen eines Sprengkörpers verantwortlich gemacht wurden. Etwa hundert Moslems sitzen immer noch im Gefängnis.

Aber die PKK erwartet von uns, daß wir auch, wie sie selbst, die Militärstützpunkte angreifen. Warum sollten wir das tun? Unser Ziel sind doch nicht Terror-Aktivitäten. Mit Gewalt und Waffen kann man Menschen nicht überzeugen. Wir sind keine Terror-Organisation. Wir erklären den Menschen unsere Meinung. Krieg führen wir ganz zuletzt."

In einigen Zeitungen hat gestanden, daß es wegen des Kampfes zwischen der Hizbullah und der PKK innerhalb der Hizbullah zu

Auseinandersetzungen und Spaltungen gekommen sei mit der Begründung, daß hier der türkische Staat ein Spiel mit der Hizbullah treibe, auf das diese hereingefallen sei. Stimmt das?

"Nein. Das trifft wohl für andere islamische Organisationen zu, die gegen diesen Kampf sind, nicht aber in den Reihen der Hizbullah."

Sie haben gesagt, dieser Konflikt zwischen Hizbullah und PKK nutze nur dem Staat. Läßt er sich vermeiden und, wenn ja, wie wird er vermieden?

"Momentan wissen wir es nicht. Wir haben einige Versuche unternommen, aber die PKK muß einen Schritt (den sie gemacht hat)* wieder rückgängig machen. Denn sie ist der Aggressor. Wenn sie den Schritt rückgängig macht und die Voraussetzungen auch sonst gegeben sind, kann man ihn (den Konflikt)* vermeiden. Sehen Sie: Die PKK existiert nicht nur im Osten, aber die Auseinandersetzungen (zwischen unseren Organisationen)* spielen sich überwiegend im Osten ab. Wir greifen nur dann an, wenn sie uns angreifen. Sonst nicht. Also ist es die PKK, die einen Schritt rückgängig machen muß. Wenn sie das aber nicht tut, wird die Lage nicht so bleiben wie bisher, sondern es werden noch viel mehr Menschen da hineingezogen. Verlieren wird dabei die PKK. Denn der Islam läßt es nicht zu, wenn ein Moslem unterdrückt und gefoltert wird. Dann muß der eine Moslem dem anderen zu Hilfe

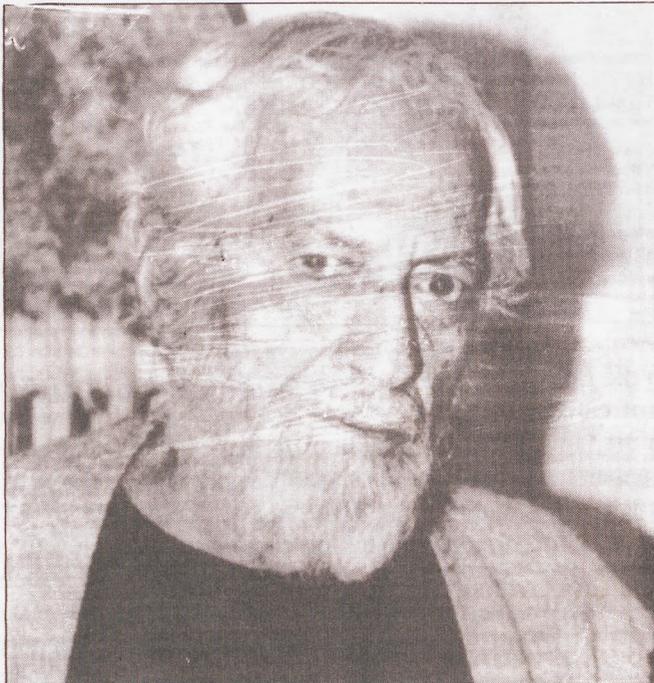
kommen. Das geschieht auch: gegen die PKK genauso wie gegen den Staat. Notfalls gegen beide gleichzeitig. Das haben wir vielerorts auch so gemacht."

Gibt es keine Möglichkeit, sich an einen Tisch zu setzen?

"Das kommt ganz auf die PKK und ihr Verhalten an. Die PKK muß Genugtuung leisten (taviz vermek)."

In der letzten Zeit finden Anschläge auf Pressevertreter statt. Anschläge, die auf das Konto der Hizbullah gehen sollen. Es heißt: 'Das war die Hizbi-Kontra. Die haben geschossen.'"

"Sehen Sie, auch Sie haben eine politische Mission. Wenn sich jemand ihrem Glauben gegenüber so verhält und Ihnen alles Mögliche nachsagt, was würden Sie dann tun? Also, Ihr Glaube



wird angegriffen, Ihre Werte, Ihre Einrichtungen. Was machen Sie dann? Wenn man Sie als Kollaborateur bezeichnet, wie würden Sie dann reagieren? Wenn man damit trotz aller Warnungen unsrerseits nicht

aufhört, was sollen wir dann tun?"

Wollen Sie damit zum Ausdruck bringen, die Presseleute hätten es nicht besser verdient?

"Musa Anter hat ein paar Tage, bevor er getötet wurde, den Islam angegriffen. Ganz offen. Er hat sich mit dem Propheten, dem Kündiger Gottes, über den Propheten lustig gemacht. Er bezichtigte die Hizbullah, Kontraguerrilla des Regimes zu sein. Das alles hat er geschrieben. Musa Anter hat sich bei jeder Gelegenheit über den Islam lustig gemacht. Er hat ihn beispielsweise mit anderen Religionen auf eine Stufe gestellt. Er hat die Hizbullah als 'Soytari' (= Hanswurst)* des Islam bezeichnet. Gott, den Glauben und den Diener (Diener Gottes=Mensch)* hat er von sich aus irgendwo hingesetzt. Er hat mit dem Glauben des Menschen

hier gespielt. Für uns sind das ganz heilige Dinge. Niemand darf sich über unseren Glauben lustig machen. Das sollte man besser sein lassen. Turan Dursun und Bahriye Üçok haben dasselbe gemacht, und darum sind sie bestraft worden. Wir haben keine Probleme mit Salman Rushdie. Wir können auch keine haben. Aber von dem Moment an, wo er an den Werten rüttelt, an die wir glauben, ist er unser Feind. Es gibt darüber hinaus viele Ungläubige, die für uns keine Zielscheibe sind. Warum verstecken die sich nicht? Presseleute und Journalisten machen alles Mögliche. Sie verletzen die ihnen gesetzten Grenzen. Sie gehen persönlich hin,

machen ein Interview, fälschen es und veröffentlichen es dann. Verdienen die das dann nicht? Wir haben wiederholt gewarnt, aber die haben nicht auf uns gehört.

Wir sind eine politische Bewegung. Sehen Sie: Wenn das Regime, das Sie bekämpfen, mit Ihnen auf eine Stufe gestellt wird, dann macht man sich über Ihren Glauben lustig. Was würden Sie dann tun? In Wirklichkeit sind doch diese Dursuns, Anters, und wie sie sonst heißen mögen, Heuchler. Wenn man ihren Glauben angreift, brüllen sie los, aber sie selbst greifen den Glauben anderer an. Ich habe bereits gesagt: Niemand darf unseren Glauben angreifen und die Zunge danach ausstrecken; andernfalls reißen wir ihm die Zunge heraus. Denn WIR machen uns nicht über den Glauben anderer lustig. Wir dulden es daher auch nicht, wenn sich jemand über UNSEREN Glauben lustig macht. Man kann die Presseleute nicht isoliert sehen. Wir befinden uns in einem Kampf, und die Bedingungen werden durch diesen Kampf bestimmt. Ob uns das nun schmeckt oder nicht. Es IST so."

Nun, da gibt es ein Problem: Ich bin vom Südosten hierher gekommen. Ich war dort wegen einer Recherche. Ich habe Zeugen gefunden in der Sache der Ermordung von Musa Anter. Diese Zeugen kennen den Namen des Mörders, seinen Arbeitsplatz, wissen, aus welcher Stadt er kommt, usw. Und sie sagen, er sei Polizist. Die Aussagen (dieser Zeugen) sind widerspruchsfrei. Haben nun Sie Musa Anter ermordet, oder war es die Polizei? Hier gibt es einen Wirrwarr.*

"Jetzt passen Sie mal auf: Was Sie da sagen, ist reine Spekulation. Inwieweit es richtig ist,

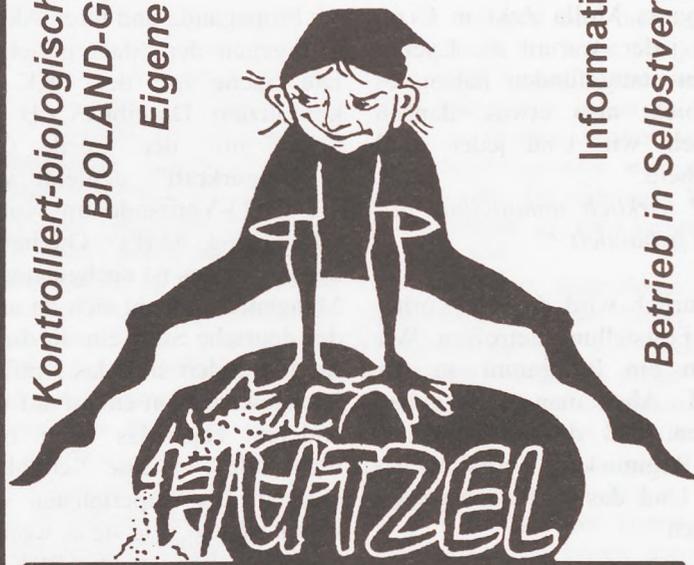
Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 4630 Bochum 1
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung



Mo.-Fr. 10.00-13.00Uhr, 15,00-18.00Uhr

daß es ein Polizist gewesen sei. Aber es ist auch unwichtig, wer nun den Finger am Abzug hatte. Sie können sich gar nicht sicher sein, ob das stimmt. Es ist aber unwichtig. Es war beschlossene Sache, daß er bestraft werden mußte. Er wurde gewarnt. Was für einen Unterschied macht es dann, ob es ein Polizist war, der den Finger am Abzug hatte, oder nicht? Nehmen wir einmal an, das Regime hätte ihn erschossen, um die Bevölkerung zu reizen. Die PKK schreit gleich los: 'In der Hizbullah gibt es auch Polizei!' Wem nutzt so etwas? Es wird einfach nicht akzeptiert, daß die Moslems zu diesem Regime kein Verhältnis haben. Und das darf dann auch nicht so sein. Aber natürlich

gibt es in verschiedenen Organen des Staates auch Moslems. Das habe ich ja schon gesagt. Wichtig ist nur, daß die Moslems kein Verhältnis zu irgendeinem Organ des Regimes haben. Wir treffen uns zwar gelegentlich mal mit Vertretern (der Staatsgewalt)*, aber das heißt noch lange nicht, daß wir auch Freunde des Regimes wären. Man sieht die Macht der Hizbullah. Auch Sie sehen ja, wozu wir in der Lage sind."

Vielleicht existiert da doch noch ein Problem: Wenn die PKK irgendetwas macht, sagt sie auch, ob sie es gemacht hat oder nicht. Soviel ich weiß, hat die Hizbullah bisher noch nie eine solche Erklärung abgegeben.

Was meinen Sie: Könnte da nicht Verwirrung entstehen?

"Es ist nicht notwendig. Warum sollte so etwas gesagt werden?" Beispielsweise die Aussage, ob jemand wegen dieser oder jener Sache bestraft worden ist.

"Das ist auch so bekannt. Es handelt sich um Hinrichtungen. Wie beispielsweise der Mörder von Ibrahim Hoca aus Silvan exekutiert wurde, ist allgemein bekannt. Nach Ermordung des Märtyrers Molla Zeki in Cizre weiß jeder, warum die Exekutionen stattgefunden haben, es geschieht also etwas, danach handeln wir. Und jeder weiß Bescheid."

Wird wirklich unmittelbar danach gehandelt?

"Natürlich wird darüber vorher eine Feststellung getroffen. Wir haben ein Programm an der Hand. Aber man muß genau wissen, daß die Moslems zu dem Regime kein Verhältnis haben. Und das darf auch gesagt werden."

Sind Sie nicht bestrebt, sich von derartigen Verdächtigungen zu befreien? Muß man sich von solchen Verdächtigungen (wenn sie falsch sind) nicht befreien?*

"Sich davon reinwaschen zu wollen, indem man einfach Anschläge gegen das Regime (...) übt, ist auch falsch. Wenn jemand Ihnen vorwirft, Sie seien Anhänger der PKK, und Sie sind das nicht, müssen Sie dann, um das zu beweisen, die PKK

angreifen? Das ist falsch. Also ist es auch falsch, einen Schritt zu weit zu gehen und etwa eine Gendarmeriestation anzugreifen. Das entspricht nicht unserem Programm. Sind wir dann schon Freunde des Staates? War die PKK 1983-1984, bevor sie mit Anschlägen gegen den Staat begann, etwa ein Freund des Staates. Hatte sie mit dem Staat etwas gemein? Nach dieser Zeit war sie stark genug. Die Moslems sind heute mit ihrer Propaganda und ihren Aktionen gegen den Staat gerichtet. Die Sache mit der PKK ist kompliziert. Da gibt es z.B. die Sache mit der Cecik Güc ("Hammerkraft"; gemeint sind die UNO-Verbände im Nordirak, die sog. AMF)*. Die helfen der PKK. Das ist nachgewiesen. Manchmal mischt sich da auch der deutsche Staat ein. In dieser Region ändert sich das Kräftegleichgewicht von einem auf den anderen Tag, das kann man nicht alles in eine Schublade stecken. Die Imperialisten verhalten sich so, wie sie es wollen. Tatsache aber ist: Die PKK ist sowohl militärisch als auch politisch auf dem Rückzug. Der Grund liegt darin, daß sie die Moslems gegen sich aufgebracht hat. Die PKK greift die Moslems an. Das ist eine Tatsache: Die Familie ist in Kurdistan kaputtgemacht worden. Unsere Töchter sind von der PKK in die Berge gelockt worden. Die alten Familienbande sind so zerstört worden. Die heutigen Familienverhältnisse

entsprechen nicht den Vorschriften des Islam."

In meinem Kopf ist noch ein Problem haften geblieben: Während des Interviews haben Sie sinngemäß gesagt, die PKK sei eine Bergguerilla, die Hizbullah dagegen eine Stadtguerilla, und daher könne die PKK den Kampf gegen Sie nicht gewinnen.

"Ja, das stimmt. Die PKK organisiert die Leute für das Gebirge. Deshalb ist sie eine Bergguerilla. Zwischen Stadt- und Bergguerilla gibt es aber Unterschiede in der Trainingsvorbereitung und in der Organisationsweise. Beide sind militärisch sehr unterschiedlich; d.h. für uns ist es zu früh, ins Gebirge zu ziehen und dort gegen die PKK anzutreten, aber es ist auch für die PKK schwierig, in die Stadt zu kommen und dort gegen die Hizbullah anzutreten. In den Städten haben wir die PKK-Standorte alle im Visier, weil die PKK stärker den Charakter einer Massenorganisation hat, eine Volksbewegung ist (wo es keine Geheimnisse gibt)*; die Hizbullah dagegen arbeitet im Verborgenen. Das ist der Vorteil der Hizbullah. Mitglieder, die legal arbeiten, gibt es bei uns nicht. Unsere Leute lassen sich manchmal vier Monate lang nicht auf der Straße blicken. Sie verstecken sich. So ist das."

BARBARA ANNA KISTLER IST TOT

Sie starb bei bewaffneten Auseinandersetzungen in den kurdischen Bergen

Barbara Kistler war eine Frau und Genossin, die Widerstandsarbeit mit aller Konsequenz für sich begriff. Sie stammte aus der Schweiz, wo sie am 21. Oktober 1955 geboren wurde. In der Schweiz engagierte sich Barbara aktiv im Mitte der 70er Jahre gegründeten "Komitee gegen Isolationshaft" (KGI), gegen das die Bundesanwaltschaft zahlreiche Ermittlungsverfahren wegen Verdacht auf "Besitz von Sprengstoff zu verbrecherischen Zwecken" führte. Keines dieser Ermittlungsverfahren wurde jemals als Anklage eröffnet, die betroffenen Personen wurden (mit einer Ausnahme) nie vernommen und sämtliche Ermittlungsverfahren entpuppten sich als Alibiverfahren zu dem Zweck, die antifaschistische Arbeit des Komitees zu kriminalisieren und Bewilligungen zu erreichen, Telefone abzuhören und die Post zu überwachen. Im Rahmen der Arbeit des KGI setzte sie sich auch für politisch Gefangene in der BRD ein und besuchte regelmäßig Rolf-Clemens Wagner (Gefangener der RAF). Die schweizerischen Genossinnen und Genossen begriffen ihre antifaschistische Arbeit international, bei der sie - ähnlich, wie es auf die Bundesrepublik zutrifft - die Verknüpfungen der Schweizer mit der türkischen Regierung als auch die wirtschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeiten zueinander nicht aus dem Auge verloren. Im Rahmen des internationalistischen Aspekts ihrer antifaschistischen Arbeit entstanden hauptsächlich Kontakte mit türkischen und kurdischen AntifaschistInnen, und im Rahmen ihrer Solidaritätsarbeit reiste Barbara mehrfach in die Türkei und Nordkurdistan.

Am 18. Mai 1991 fand im Istanbul Stadtteil Hasanpasa gegen mutmaßliche Mitglieder und SympathisantInnen der TKP/ML (Partizan) eine Polizeirazzia statt. Bei dem Einsatz wurden *Hatice Dilek* und *Ismail Oral* durch die türkische Polizei ermordet: beide leisteten bei ihrer Verhaftung keinen Widerstand. *Hatice Dilek* wurde erschossen, da

sie Zeugin der Ermordung *Ismail Orals* wurde. Im Zusammenhang mit den Erschießungen wurde neben mehreren Frauen und Männer auch Barbara verhaftet und auf der Polizeistation in Istanbul-Gayrettepe schwer gefoltert. Später wurde sie in das Gefängnis Bayrampasa gebracht, in dem sie - bis zu ihrer vorläufigen Freilassung am 13. Dezember 1991 - blieb. Trotz ihrer vorläufigen Freilassung wurde sie vom türkischen Staatssicherheitsgericht der "Unterstützung einer bewaffneten illegalen Organisation" für schuldig befunden und im Februar 1992 in Abwesenheit erstinstanzlich zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt - ein Akt, der entgegen die von den türkischen Menschenrechtsvereinen (IHD) angestregten Prozesse gegen 12 Polizisten lief, die bei der Ermordung *Hatice Dileks* und *Ismail Orals* zugegen waren. Entgegen dem öffentlichen Prozeß gegen Barbara Kistler wurde der gegen die Polizisten ganz im Sinne des "Antiterrorgesetzes" und des Personenschutzes unter Ausschluß der Öffentlichkeit gehalten. Während der Prozeßtermine am 11. Oktober 1991 in Istanbul beschrieb *Rosemarie Michel*, die Mutter von Barbara, gegenüber internationalen MenschenrechtsvertreterInnen die Situation folgendermaßen: Barbara war zu Besuch bei türkischen Freunden und befand sich deshalb in der Wohnung von *Ismail Oral*. Anscheinend wurde dessen Telefon überwacht, und während er die Wohnung von *Hatice Dilek* besuchte, wurde gleichzeitig seine eigene von Polizisten gestürmt, in der sich gerade Barbara Kistler aufhielt. Sie hatte "Glück", nicht sofort erschossen zu werden. Zeitgleich wurden *Hatice Dilek* und *Ismail Oral* in der Wohnung *Hatices* erschossen. Am 22. Februar erhielt die internationale Frauen/Menschenrechtsorganisation *Terre des Femmes* von der Mutter Barbaras aus Zürich die offizielle Mitteilung, daß Barbara "Anfang Februar während einer kriegerischen Auseinandersetzung mit einer türkischen Militäreinheit in den kurdischen Bergen gefallen" ist.

Gleichzeitig versandten Schweizer Genossinnen und Genossen Todesanzeigen mit dem Inhalt "Im Kampf für die Kommunistische Revolution ist Barbara in der Türkei/Nordkurdistan gefallen". Sowohl die Mutter als auch der Bruder Barbaras sowie der Schweizer Anwalt *Marcel Bosonnet* berufen sich auf gesicherte Informationen, nach denen Barbara bzw. ihre Gruppe von türkischen Soldaten angegriffen und sie während der Auseinandersetzungen in der Nähe der kurdischen Stadt *Tunceli* getötet wurde. Diese Information gelten als gesichert, die Quellen können jedoch aus Sicherheitsgründen nicht angegeben werden. Ob nicht mehr Frauen und Männer zu Tode kamen, ist noch ungewiß.

Dem gegenüber dementieren offizielle Behörden in der Türkei, daß es schwere Gefechte in *Tunceli* gegeben habe und daß bei diesen "eine Ausländerin" zu Tode gekommen sei. Der Gouverneur von *Tunceli* gab bekannt, daß aufgrund der Schneestürme in den letzten Wochen in der Gegend um *Tunceli* Gefechte unmöglich hätten durchgeführt werden können. Der Menschenrechtsverein *IHD*, der noch am besten informiert ist in Sachen "Staatstötungen", ließ dagegen verlautbaren, daß Gefechte sehr wohl möglich sind bei Schneestürmen, daß aber auch ihm bislang nichts bekannt ist, daß eine Ausländerin zu Tode gekommen sei.

Mit dem Tod Barbara Kistlers verliert die revolutionäre antifaschistische Bewegung eine starke Widerstandskämpferin - sowohl in Europa, als in der Türkei und Nordkurdistan. Sie verliert eine Kämpferin, die in Taten und Worten zu kämpfen verstand und es sehr ernst nahm, das kapitalistische und imperialistische Europa mitsamt seiner (Bundes)Staaten in Verantwortung zu nehmen.

TAS

TAG X

DIE BRANDSTIFTER SITZEN IN BONN BLOCKIEREN WIR GEMEINSAM DEN BUNDESTAG

Der Parteienkompromiß ist da: CDU/SPD/FDP wollen per Gesetzesänderung das Menschenrecht auf Asyl faktisch abschaffen. Das reiht sich ein in eine kontinuierliche Verschärfung des AusländerInnen-gesetzes seit 1974. Alle Flüchtlinge, die über den Landweg in die BRD kommen, und das sind über 90 %, sollen künftig an den BRD-Grenzen in ihre zuvor durchquerten Transitländer abgewiesen werden. Die Nachbarstaaten werden also als Schutzwall und Auffangzone gegen Flüchtlinge in den Dienst der BRD gestellt. Dabei wird in Kauf genommen, daß in vielen dieser Länder praktisch kein Schutz für Flüchtlinge gewährt wird. Frauen, die vor sexistischer Unterdrückung fliehen, wird nach wie vor Asyl verwehrt.

Was wir jetzt erleben, ist ein Rechtsruck in der Gesellschaft und im gesamten Parteienspektrum. Rassistische Begriffe wie "Scheinasyllanten", "kulturelle Überfremdung" oder "Durchrassung" bestimmen den Diskurs in den Medien und der Politik. Diese Brandsätze gehen Hand in Hand sowohl mit den zynischen und menschenverachtenden Verfahrensgesetzen, der Einrichtung von Sammellagern usw. gegen Flüchtlinge als auch mit den faschistischen Überfällen auf Flüchtlinge, AusländerInnen, ImmigrantInnen, Obdachlose, Behinderte, Lesben, Schwule...

Die gleichzeitige Distanzierung von dieser gewalttätigen Praxis beruht folgerichtig nicht auf tiefem menschlichen Entsetzen und der scharfen Verurteilung dieser Menschenverachtung, sondern ist Resultat von Kapitalinteressen und der Angst vor einem Verlust von Ansehen der Deutschen in der Weltöffentlichkeit.

GEGEN DEN STAATLICHEN RASSISMUS ! GEGEN DEN FASCHISTISCHEN TERROR !

Wir lehnen es ab, Flüchtlinge nach Verwertungsbedingungen des Kapitals, also nach Wirtschaftsinteressen zu selektieren.

Wir lehnen Kriterien und Kontingente für die Aufnahme von Flüchtlingen in Form von Einwanderungsgesetzen oder ähnlichem ab.

WIR FORDERN EIN EXISTENZRECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE IN DER BRD; WEIL SIE DEM WEG DES GESTOHLLENEN REICHTUMS FOLGEN !

Großmacht Deutschland - Rassismus und Militarismus gehören zusammen !

Keine "Out of area" Einsätze der Bundeswehr!

Wir wollen in Bonn die herrschenden Parteien das Menschenrecht auf Asyl nicht ungestört abschaffen lassen. Die, die in Berlin von der Würde des Menschen geheuchelt haben, machen sich nun daran, die Würde des Menschen ein weiteres Mal anzugreifen! Mit den herrschenden Parteien zusammen und Sprüchen wie "Keine Gewalt" gegen Rassismus zu demonstrieren, hilft den SchreibtischtäterInnen, ihr humanistisches Deckmäntelchen zu bewahren. Ausgeblendet werden die Zusammenhänge zwischen braunem Terror und bürgerlicher Politik. Ausgeblendet wird die Gewalt, die vom Staat ausgeht, werden die Waffenlieferungen an die Türkei, Abschiebung, Isolationsfolter in den Knästen. Gewalt gegen jede fortschrittliche fundamentale Opposition. Ausgeblendet wird, daß die menschenverachtende Politik dieses Systems letztendlich auf Gewalt basiert.

Deshalb werden wir die dritte Lesung des neuen Asylgesetzes zum Anlaß nehmen, den Bundestag in Bonn zu blockieren. Auch wenn wir wissen, daß wir die Verabschiedung des Gesetzes nicht verhindern können, wollen wir genau dort hingehen, wo die Verantwortlichen sitzen.

AUF NACH BONN AM TAG X DER DRITTEN LESUNG (vermutlich Ende April)

GRENZEN AUF FÜR ALLE

AUSWEITUNG STATT ABBAU DES ARTIKEL 16 GG

KEINE "OUT OF AREA" EINSÄTZE DER BUNDESWEHR

KEINE ABSCHIEBUNG VON ROMA UND SINTI FÜR

EIN EIGENSTÄNDIGES BLEIBERECHT FÜR FRAUEN UND

DIE ANERKENNUNG DES SEXISMUS ALS FLUCHTURSACHE